

VORBEREITUNG DER IMPERIALISTISCHEN ATTACKE

Neue Kriegsgefahr! Das ist es, was auf der politischen Tagesordnung steht. Der Staatsstreich Pilsudskis bedeutet ein neues Blatt in der Schöpfungsgeschichte. Auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen bringt er jedoch keinen Wechsel, denn hinter dem Rücken des schnurrbartgeschmückten PPS-Feldwebels, der nun zum Großmarschall der Schlachta-Republik heraufgerückt ist, steht der englische imperialistische Räuber, das Pfund Sterling, die Londoner Bank, die Regierung Sr. Majestät des Königs von England.

Was die verlorenen Söhne der Kommunistischen Internationale auch reden mögen — die Sowjetunion ist und bleibt eine Burg der internationalen revolutionären Bewegung. Dies ist der Grund, warum der ärgste europäische Feind des internationalen Proletariats, der untersinkende, aber deswegen noch immer grimmige, immer noch starke englische Imperialismus einen wütenden Feldzug gegen das Land der proletarischen Diktatur führt.

Polen ist ein bis an die Grenze Sowjetrußlands vorgeschobener Vorposten des englischen Imperialismus. Marschall Pilsudski, eine schwache Kopie seines italienischen Vorgängers, rüstet sich mit Volldampf. Das nächste Ziel ist die Eroberung des kleinen litauischen Landes. Schon stehen an seiner Grenze bewaffnete Legionärbanden, die Prätorianergarde des kleinen, zum Diktator erhobenen Schlachtschützen. Dies ist aber nur die erste Sprosse zum Triumph, wie er dem Herrn Marschall vorschwebt. Fieberhafte Neubewaffnung der Armee, Militarisierung der Eisenbahnen, rasche Entwicklung der chemischen Industrie, ein ungeheurer Militäretat, der mehr als die Hälfte der Staatseinkünfte verschlingt, beschleunigter Import von Flugzeugen usw. — dies alles führt geradewegs zum K r i e g e.

Die polnische Diplomatie steht im vollen Einklang mit der beschleunigten Mobilisierung der kriegstechnischen Mittel: mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien wurde ein Geheimvertrag über Waffentransport abgeschlossen, mit dem Generalstab Rumäniens eine neue K r i e g s k o n v e n t i o n, eine in erster Linie gegen die USSR gerichtete Ergänzung des polnisch-rumänischen Vertrags von 1926. Laut dieser Konvention verpflichten sich die Vertragschließenden, im Kriegsfall einander mit Aufbietung aller ihrer Streitkräfte zu unterstützen. Anders gesagt: Polen geht zur Offensive über und wird dabei von Rumänien, durch dessen Armee, unterstützt. Unter dem Mantel dieser pazifistischen Geschäfte (Ruhm sei der sozialdemokratischen Scharfsichtigkeit!) lugt deutlich der Pferdefuß des friedliebenden, wohlwollenden, christlich-gesinnten „Foreign Office“ hervor.

Handelt England im Westen auf dem Weg über Polen, so geht es im Osten entweder unmittelbar oder gemeinsam mit Japan vor. Der Appetit Japans wird von den Gerüchten über wirtschaftliche Schwierigkeiten in der USSR gereizt, seine Phantasie von der „Zersetzung“ der KP der SU angeregt, und so schickt Japan seinen diesmal östlichen Agenten,

den Marschall Tschang Tso-lin, ins Treffen, der es verstanden hat, im Fernen Osten eine äußerst verschärfte Situation herbeizuführen. In bezug auf Dreistigkeit, auf Unverschämtheit kann sich dieser Marschall mit dem polnischen messen. Sein Flottenraub, die Besetzung der Schulen, die Verhaftungen „bolschewistischer Agitatoren“, die Verfolgungen der Gewerkschaften usw. — sind eine offene Kriegsprovokation. Die Festigkeit und der Langmut der sowjetistischen Regierung, die in einer so schwierigen Situation an ihrer aufrichtigen Friedenspolitik festhält, verdient größte Bewunderung.

Während Tschang Tso-lin nach dem Diktat Japans, des Bundesgenossen des englischen Imperialismus, seine Raubzüge unternimmt, schickt England seine Kanonenboote nach der Hauptstadt der Kuo-min-tang Partei, nach Kanton und schiff dort seine Truppen aus. Die englischen Piraten führen somit o f f e n e n Krieg gegen das chinesische Volk und arbeiten im schnellen Tempo an der Vorbereitung eines Krieges g e g e n d i e USSR, indem sie die Lage an der Tschang Tso-lin-Front auf die Spitze treiben. Dieser konterrevolutionäre Block unterstützt gleichzeitig die Ueberreste der weißgardistischen Banden der Generale Semenow, Glebow und anderer Schurken der r u s s i s c h e n Konterrevolution.

Der englische Imperialismus, der somit in Polen und Rumänien an dem einen Pol, in China am anderen Pol seine Hauptstützpunkte hat, betreibt mit allen Mitteln die Einkreisung der USSR. England will sich Persien unterordnen, um es zum Aufmarschgebiet gegen die USSR zu benutzen. Um Polen den Rücken zu decken, wird Deutschland in den Völkerbund hineinbugsiert und unter das Joch des „heiligen Locarnogeistes“ gebeugt. Kein noch so kleines Mittelchen ist dem englischen Imperialismus zu schlecht. Er unterstützt alle Ueberreste der vernichteten konterrevolutionären Banden, hält die Helden der sogenannten „Ukrainer Volksrepublik“, die russischen Monarchisten und ähnliches Gesindel aus. Er macht sich auch das franko-rumänische Abkommen, das das Entzücken der ganzen feilen rumänischen Presse ist, zunutze. Selbstverständlich! Das ist ein großer Trumpf für die internationale Verschwörung gegen die proletarische Republik.

So arbeitet die „heilige Allianz“ des Kapitals gegen die USSR. Die Schöpfer von Versailles, die Priester Locarnos, die Würger der englischen Bergarbeiter, die Henker des indischen Volkes, die Sklavenhalter der kolonialen Völker bedrohen uns mit n e u e m K r i e g. Planmäßig und systematisch wird er von ihnen vorbereitet. Ebenso systematisch und ebenso planmäßig muß a b e r a u c h d a s i n t e r n a t i o n a l e P r o l e t a r i a t s e i n e K r ä f t e r ü s t e n. Wer es versucht, die Burg der kommunistischen Weltbewegung zu sprengen, wird selbst von den empörten proletarischen Massen in die Luft gesprengt!

R. PAGE ARNOT — J. T. MURPHY:
 DER ENGLISCHE GEWERKSCHAFTSKONGRESS
 IN BOURNEMOUTH

I.

Die Mitglieder des Generalrats beglückwünschen sich zweifelsohne, daß es ihnen gelungen ist, in Bournemouth so glücklich davonzukommen. Der Generalstreik ist kaum drei Monate vorbei und der Bergarbeiterkampf noch in vollem Gang; dennoch konnte jetzt ein Gewerkschaftskongreß stattfinden, ohne daß dabei der Generalrat zur Verantwortung gezogen wurde und ohne daß irgendwie Diskussionen in dieser Beziehung stattgefunden haben. Unmittelbar vor dem Kongreß stellte die „Times“, das führende Organ der Bourgeoisie, die besorgte Frage: „Wird sich der Generalstreik als der Höhepunkt des gewerkschaftlichen Klassenkampfes erweisen oder als der Beginn einer neuen Etappe, die in endgültig revolutionäre Ziele ausmündet?“

Es ist deshalb notwendig, die Vorgänge in Bournemouth einer Prüfung zu unterziehen.

Auf dem Kongreß in Bournemouth standen folgende wichtigste Dinge im Vordergrund:

1. Der Generalrat hat mit Erfolg jedwede Diskussion über den Generalstreik bzw. die Verantwortlichen für seinen Verlauf abgewürgt.
2. Dem Generalrat ist es gelungen, den Gewerkschaftskongreß durch eine bürokratische Spitzenkonferenz, die ganz nach Belieben der Gewerkschaftsbürokraten einberufen werden kann, auszuschalten.
3. Der Generalrat hatte sich das Einverständnis der Bergarbeiterführer vor der Beschlußfassung gesichert.
4. Die Ausdehnung der Machtvollkommenheit des Generalrats wurde abgelehnt.
5. Der Brief des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften und seine Aufnahme.
6. Die Aeußerungen des Vorsitzenden über die internationale Gewerkschaftseinheit.
7. Die Haltung Purcells zur internationalen Gewerkschaftseinheit.
8. Der Vorstoß des Generalrats gegen die Minderheitsbewegung.
9. Die künftige, noch extremer rechte Politik der Gewerkschaften (die Rede von Pugh).

Zu Punkt 1 und 2 muß im Auge behalten werden, daß der Generalrat durch den Gewerkschaftskongreß gewählt wird und diesem allein verantwortlich ist. Es stimmt allerdings, daß der Generalrat beide Male, im Juli 1925 und auch im April 1926, eine Sonderkonferenz aus den Vorständen der dem Gewerkschaftskongreß angeschlossenen Gewerkschaften einberufen hat. Aber dadurch konnte der Generalrat sich unter keiner Bedingung

von der Verpflichtung freisprechen, dem Gewerkschaftskongreß einen umfassenden Bericht zu erstatten. Dennoch wurde ein solcher Bericht nicht gegeben und auch keinerlei Kritik daran geübt, daß der Generalrat den Generalstreik lediglich in einem kurzen Absatz der Resolution abtat. Die Gewerkschaftsführer sind auf diese Weise nicht nur um eine Diskussion über die Frage ihrer Verantwortung herumgekommen, sondern es ist ihnen auch gelungen, die höchste Instanz in der Gewerkschaftsbewegung, den rein repräsentativen Gewerkschaftskongreß, durch eine aus der Spitzenbürokratie zusammengesetzte Konferenz von Gewerkschaftsvorständen auszuschalten. Es ist ihnen des weiteren gelungen, sich das Einverständnis der Bergarbeiter sowohl für die Abwürgung der Diskussion als auch für die Errichtung einer Art „Oberhaus“ in Form der bürokratischen Spitzenkonferenz zu sichern. Seitens der Bergarbeiterführer war es falsch und ein irrümlicher Glaube, daß die Einheit der Bewegung durch eine Verwischung der wirklichen Meinungsverschiedenheiten und eine Verbergung der an der Arbeiterklasse begangenen Verbrechen erreicht werden könne. Dieser opportunistische Glaube an eine formale Einheit (hinter dem sich in Wirklichkeit der nackte Unglaube an die Kraft der Arbeiterklasse selbst verbirgt) war von den denkbar schwersten Folgen begleitet. Man ließ die Arbeiterklasse wissen, daß der Generalrat es ablehne, sich vor ein Gericht stellen zu lassen, und des weiteren ließ man sie wissen, daß der Bergarbeiterverband diese Politik kennt und billigt.

Es war wiederum nur ganz im Einklang mit dieser Politik, daß die Führer des rechten Flügels der Gewerkschaften eine Ausdehnung der Machtvollkommenheiten des Generalrats ablehnten. Eine solche Erweiterung der Machtvollkommenheit des Generalrats würde bedeutet haben, daß der englische Gewerkschaftskongreß formell und statutengemäß jene Rechte ausübt, die nunmehr allein der bürokratischen Spitzenkonferenz der Gewerkschaftsvorstände gehören. Auf diese Weise wäre es den bürokratischen Spitzen unmöglich gemacht worden, zu entkommen.

Die Ablehnung der Erweiterung der Machtvollkommenheiten des Generalrats war der unmittelbare Ausdruck jener defaitistischen Haltung, die bereits während des Generalstreiks zutage getreten war. Genau genommen geht der Ursprung dieser defaitistischen Haltung zurück bis auf Scarborough. Der Gewerkschaftskongreß von Scarborough zeigte zwar eine äußerste Bereitwilligkeit zur Annahme von Resolutionen klassenkämpferischer Natur, aber gleichzeitig zeigte er eine große Abneigung, Resolutionen zu fassen oder auch nur Fragen zu behandeln, die eine unmittelbare Aktion notwendig machten. Je dringender und praktischer die einzelne Frage war, um so weniger wurde sie auf dem Kongreß in Scarborough behandelt.

Scarborough hat eine Resolution zur Erweiterung der Vollmachten des Generalrats abgelehnt und eine andere Resolution angenommen, in der der Generalrat angewiesen wird, „das Problem in seiner ganzen Tragweite zu prüfen und die erteilte Ermächtigung dazu zu benützen, die Vorstände der angeschlossenen Gewerkschaften um ihre Meinung zu fragen und einer Sonderkonferenz der in Frage kommenden Gewerkschaftsvorstände seine reiflich überlegten Vorschläge aus diesem Anlaß zu unterbreiten“. Diese Sonderkonferenz wurde niemals einberufen. Ein ähnlicher, von einer mehr auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaft ein-

gebrachter Vorschlag wurde jetzt, ein Jahr später, durch die Mehrheit abgelehnt.

Der ultra-reaktionäre Sekretär der Eisenbahner, Herr Cramp, erklärte, daß die Eisenbahnergewerkschaft gegen jegliche Ausdehnung der Vollmachten des Generalrats sei, weil diese nicht durchgeführt werden könnte. Es ist das derselbe Herr Cramp, der im Namen der Eisenbahner jenes erniedrigende Abkommen unterzeichnete, das den Streik als falsch bezeichnete und das unterwürfige Versprechen gibt, den bösen Streich nicht zu wiederholen. Loyalitätsrücksichten (den Arbeitgebern gegenüber) haben es ihm ohne weiteres verboten, sich auf irgendwelche weitere Ausdehnung der Vollmachten des Generalrats einzulassen. Während somit die Resolution zur organisatorischen Frage in Scarborough nur eine Andeutung der Beibehaltung des reaktionären Charakters der sogenannten Gewerkschaftsführer unter dem Mantel einer radikalen Phraseologie war, hat die Niederlage der in Bournemouth durch die Minderheit eingebrachten Resolution den „linken“ gewerkschaftlichen Streikbrechern (vom Schläger der Purcell, Pugh u. a.) ein für allemal die Maske vom Gesicht gerissen.

Noch eine andere Resolution von Scarborough wirft ihre Schatten auf Bournemouth. Der Kongreß von Scarborough beauftragte den Generalrat, alles in seiner Macht Stehende zu tun zur Herstellung der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Der neue Generalrat legte diese Resolution so aus, daß der Begriff „alles, was in seiner Macht steht, zu tun“, sehr wenig besagt. Nachdem die Amsterdamer Internationale Anfang Dezember 1925 die Einheitsvorschläge niedergestimmt hatte, hatte das Anglo-Russische Einheitskomitee beschlossen, die Einberufung einer internationalen Konferenz in Angriff zu nehmen. Aber die Mehrheit des Generalrats lehnte diesen Antrag ab — zur größten Freude Amsterdams. Einige Monate konnte sich der Generalrat in dieser Frage ein Janusgesicht aufsetzen. Dann kam der Generalstreik und die glänzende Hilfe der sowjetrussischen Gewerkschaftler für die englischen Arbeiter. Dabei entpuppte sich das, was den Gewerkschaftsführern als unwirklich erschienen war, als eine sehr reale Wirklichkeit für die Arbeiterklasse Englands und der ganzen Welt. Die internationale Gewerkschaftseinheit war für jeden Bergarbeiter und für breite Kreise des Proletariats zu einer feststehenden Tatsache geworden. In den Augen der werktätigen Massen war das Anglo-Russische Einheitskomitee nicht mehr nur ein Block der Führer, sondern es war der organisatorische Ausdruck eines direkten Bündnisses zwischen dem Proletariat Englands und der Sowjetunion geworden.

Im Lichte dieser Betrachtungen wird es verständlich, warum sich der Generalrat, nach langem Zögern, zu einer Tagung des Anglo-Russischen Einheitskomitees herbeiließ, diese Tagung und ihre Beschlüsse aber als unwichtig betrachtete und es für notwendig hielt, sie geheim zu halten. Das erklärt auch, warum die Führer des Generalrats gezwungen waren, nochmals die Resolution von Scarborough, die die Notwendigkeit der internationalen Gewerkschaftseinheit betonte, hervorzuziehen, und warum sie auf den Vorschlag der sowjetrussischen Gewerkschaften zur Einberufung einer Internationalen Konferenz innerhalb zweier Monate nach dem Gewerkschaftskongreß in Bournemouth eingehen mußten.

Als darum an Stelle der brüderlichen, von der englischen Regierung nicht zugelassenen Delegation der Brief der russischen Gewerkschaften eintraf, und als der Inhalt des Schreibens, das brüderliche Grüße übermittelte und ernsthafte Kritik übte, bekannt wurde, konnte der Generalrat nichts anderes tun, als das Schreiben in ungeziemender Weise zu behandeln. Der Generalrat konnte nichts dazu sagen, und darum veröffentlichte er das Schreiben mit allen Abkürzungen, so wie es durch den Telegraphen übermittelt worden war, um es auf diese Weise lächerlich zu machen. Man verteilte das Schreiben an die Delegierten mit einem unter der Hand angefügten ärgerlichen Protest, der eine feierliche und hochtrabende Sprache führte. Die bürgerliche Presse pries die Empörung des Generalrats natürlich als „ruhigen und würdigen Protest“.

In Bournemouth sprachen zwei Redner über das Problem der Einheit. Als erster sprach der Vorsitzende, Herr Arthur Pugh und als zweiter A. A. Purcell, der nebenbei eines der prominentesten Mitglieder des Generalrats ist und den Vorsitz in der Amsterdamer Internationale führt. Die Reden dieser beiden Redner stimmten nicht durchaus überein, aber die Erfahrungen der Vergangenheit scheinen zu bestätigen, daß es keine Schwierigkeiten bieten wird, innerhalb des Generalrats die bestehenden Differenzen in Einklang zu bringen oder diese Differenzen wenigstens so lange zu verschweigen, daß es auf das Gleiche herauskommt, als ob völlige Eintracht bestünde. Pugh führte aus:

„Wir laufen Gefahr, viel zu großes Gewicht auf eine rein formale und mechanische Einheit auf dem Gebiete der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu legen. Eine einfache Zusammenlegung der bestehenden Gewerkschaftskörperschaften würde keine wirkliche Einheit zustandebringen. Wenn kein gemeinsamer Wille vorhanden ist, so kann es auch nicht zu einer gemeinsamen Auffassung über die Ziele und Methoden sowie über die Aufgaben kommen, denen die internationale Zusammenarbeit dienen soll.“

Es ist nicht schwer zu erraten, was das bedeutet. Die Anschauungen von Pugh unterscheiden sich nicht erheblich von den Anschauungen Oudegeests oder Sassenbachs. Diese Allianz kam auch in der Rede Purcells zum Durchbruch. „Wie sollen die Schwierigkeiten, die der internationalen Einheit im Wege stehen, überwunden werden?“ — fragt dieser Renegat. „Es ist Aufgabe der Russen, die Lage einzurenken.“ Aus dem Munde Purcells bedeuten solche Worte: „Etwas weniger Bolschewismus, bitte!“

Die Reibungen im Zusammenhang mit dem Problem der Einheit haben gezeigt, daß, sogar in bezug auf diese „Kommandohöhe“ der bankrotten Linken, Position um Position den Thomas und Macdonald ausgeliefert wird. Purcell, Pugh und Konsorten haben ihren „Links“-Aufmarsch vollendet und sind an ihren Ausgangspunkt zurückgelangt; sie stehen jetzt Schulter an Schulter mit Oudegeest.

Was schließlich die Rede des Vorsitzenden brachte, war eine Darlegung der neuen Politik des neuen rechten Flügels der Gewerkschaften. Herr Pugh behandelte die Lohnfrage und führte aus: „Ist es nicht an der Zeit, jetzt zu erwägen, eine garantierte gleitende Lohnskala einzuführen, die jeweils abhängt von der Höhe der Produktion des Landes?“. Das bedeutet natürlich nichts anderes, als daß man die Lebenshaltung der Arbeiter dem anpaßt, was für die Industrie erträglich ist, mit anderen Worten: in dem Maße, in

dem der Niedergangsprozeß der kapitalistischen Produktion fortschreitet, wird die Lage des Arbeiters immer schlimmer. Das ist somit alles, was der Reformismus den Arbeitern als Politik bietet: eine „wissenschaftliche“ Herabdrückung der Lebenshaltung; sie steht in einem bezeichnenden Widerspruch zu der vorher in der Begrüßungsrede desselben Pugh abgegebenen Erklärung: „es war die geschichtliche Aufgabe der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben.“

II.

Die vorstehende Zusammenfassung der wichtigsten Momente des Gewerkschaftskongresses gibt fast ohne Ausnahme eine Zusammenfassung augenfälliger Siege des rechten Flügels. Wollte man aber daraus schließen, daß der Kongreß von Bournemouth in jeder Beziehung ein Fehlschlag oder ein Rückschritt war, so wäre das falsch. Vor allen Dingen ist es klar, daß auf diesem Kongreß unter der nach außen hin zutage tretenden kühlen Gemessenheit eine sehr erregte Stimmung herrschte. Diese Tatsache kommt sehr schlagend zum Ausdruck in den Ausführungen, die Ellen Wilkinson in ihrem Artikel in „Lansburys Weekly“ macht, wobei sie ausführt, daß 97 Prozent der Delegierten nur den einen Gedanken des Generalstreiks hatten. Zwei Tatsachen bezeugen, daß dem wirklich so war. Hierher gehört zunächst die Vertagung des Kongresses auf die Dauer einer halben Stunde, die deshalb erfolgte, weil es absolut unmöglich geworden war, die Verhandlungen weiterzuführen. Der Bergarbeiterverband widersetzte sich der Wahl des Herrn Bromley (der sein bestes hergegeben hatte, um den Streik abzuwürgen), der die Resolution begründen sollte, die den Bergarbeitern die Hilfe des Kongresses versprach. Der Kongreß, unter Führung von McGurk, eines Vertreters von Lancashire (eines der ärmsten Grubenbezirke), weigerte sich, Bromley anzuhören und erhob sich zum Absingen des Roten Flaggen-Liedes, bis die Sitzung geschlossen wurde.

Des weiteren haben wir die bezeichnende Tatsache zu verzeichnen, daß bei allen wichtigen Fragen eine feste Minderheit von nicht unter 700 000 abstimmte. In diesen 700 000 sind die Bergarbeiter nicht enthalten.

Aber auch wenn wir diese sehr bezeichnenden Tatsachen nicht zu verzeichnen hätten, so wäre Bournemouth dennoch kein Fehlschlag. Wollte man den Kongreß hinstellen als einen Erfolg des rechten Flügels oder als einen Rückschritt in der Entwicklung des Klassenkampfes, so würde man die ganze Lage schief darstellen und vergessen, daß es einen Generalstreik gegeben hat.

Ebenso, wie der Generalstreik im Lichte von Bournemouth betrachtet werden muß, muß darum Bournemouth betrachtet werden im Lichte des Generalstreiks. Die Bedeutung des Generalstreiks kann hinsichtlich seiner unmittelbaren Auswirkungen nicht überschätzt werden. Aber ob seine Auswirkungen rasch oder langsam heranreifen, er stellt dennoch den größten Wendepunkt in der Geschichte der englischen Arbeiterklasse seit den Zeiten der Chartistenbewegung dar. Sämtliche Kräfte und Organisationen der Arbeiter müssen deshalb unter dem Gesichtswinkel des Streiks betrachtet werden. Der enggesteckte Rahmen dieses Artikels gestattet nur drei Dinge

hervorzuheben: der Generalrat, der entstehende neue linke Flügel und die Kommunistische Partei.

Es ist nunmehr klar, daß der Generalrat, der nominell durch den Kongreß gewählt und durch die in Frage kommenden Gewerkschaften praktisch ernannt wird, keinesfalls immer genau den Willen des Kongresses widerspiegelt, auch wenn es ihm in der Folge gelingt, den Kongreß zu einer Billigung seines Vorgehens zu bewegen. Des weiteren stellt der Kongreß nur in beschränktem Grade eine Vertretungskörperschaft der breiten Massen dar und muß eine Aenderung seiner Zusammensetzung sowie seiner Statuten vornehmen, bevor er wirklich als Vertretungskörperschaft der breiten Massen gelten kann.

Des weiteren haben wir es nunmehr mit dem Bestehen eines Blocks zwischen Thomas und Purcell zu tun, der keineswegs deshalb weniger real ist, weil sich beide wahrscheinlich nicht voll bewußt sind, daß dieser Block zwischen ihnen besteht. Es kommt schließlich nicht darauf an, was man will, es kommt allein darauf an, was man tut. Der Generalstreik hat wie ein Erdbeben gewirkt, das alle Grenzen verwischt. Auch wenn Purcell nach wie vor mit dem Zentimetermaß abmessen sollte, welche Distanz ihn von Thomas noch trennt, so werden sie beide durch ihre gemeinsame Unterschrift unter dem Bericht des Generalrats (den die „Times“ mit dem Hinweis veröffentlichte, daß es sich um eine „gewollte Indiskretion“ von Herrn Bromley handelt) kilometerweit dem Kampf der Arbeiter entfremdet. Das wichtigste ist immerhin die Tatsache, daß der Kongreß zeigte, welche Fortschritte der Prozeß der Politisierung der englischen Arbeiterbewegung gemacht hat. Das mächtige Anwachsen eines neuen, wirklichen linken Flügels (von unten), der bereits 1¼ Millionen englischer Proletarier unter seinen Einfluß gebracht hat, fand seinen Ausdruck in der energischen Opposition gegen den Generalrat.

Die Führer des neuen linken Flügels sind noch unbekannte Leute, die aus der wirklichen Arbeiterbewegung hervorgehen und zum ersten Male während des Generalstreiks und dann auf der Konferenz des Bergarbeiterverbandes die politische Arena betraten (auf dieser Konferenz stand die Mehrheit viel weiter links als Cook und lehnte das Memorandum der Kirchenfürsten ab). Ihre Anwesenheit machte sich in der Fortsetzung des Kampfes der Bergarbeiter (die Bergarbeiter und die Bergarbeiterfrauen sind in den vergangenen Sommermonaten viel stärker politisiert worden als seit über 30 Jahren) ebenso bemerkbar, wie auf den Konferenzen der Minderheitsbewegung, die ein lebhaftes Bild ihres Wachstums, ihrer Größe, ihrer Bedeutung, sowie des Tempos ihrer Entstehung waren. Nicht zuletzt haben sie die wirkliche Sympathie und Solidarität angefacht, die überall den sowjetrussischen Arbeitern entgegengebracht wurde (die Fünf-Millionen-Rubel-Hilfe elektrisierte die englische Arbeiterklasse und brachte sie zum Denken); sie sind auch jenes Element, das den Zustrom der Arbeiter zur Kommunistischen Partei entstehen läßt. Es ist von äußerster Wichtigkeit, daß sich diese neue Linke so rasch als möglich bildet und sich nicht in isoliertem Vorgehen zersplittert, sondern von Anfang an unter den ideologischen Einfluß und die praktische Führung der Partei kommt, die ihrerseits ihr Aeußerstes tun muß, um die Opposition organisatorisch auf eine Linie zu bringen.

III.

Die Kommunistische Partei

In den Reihen der englischen Kommunistischen Partei, vielmehr in den Reihen ihrer Führer, haben sich jedoch Schwankungen nach rechts bemerkbar gemacht, Schwankungen, die der allerentschiedensten Abstellung bedürfen.

Diese Schwankungen beruhen darauf, daß es an einem genügenden Verständnis der ungeheuren Tiefe der im Schoße des englischen Proletariats vor sich gehenden Umstellungen fehlt. Dieser Mangel an Verständnis kam vor allem in einer Reihe von Fehlern im Zusammenhang mit der Frage des Anglo-Russischen Einheitskomitees zum Ausdruck. Wenn der Standpunkt der Opposition der KP der SU, die die Sprengung des Anglo-Russischen Einheitskomitees fordert, radikal falsch ist, so ist andererseits die Weigerung, die verräterische Haltung der Führer des Generalrats der schärfsten Kritik zu unterziehen, ebenso falsch. Eine solche Haltung, die sich hinter dem „edlen“ Bestreben zur Aufrechterhaltung des Anglo-Russischen Einheitskomitees um jeden Preis verbirgt, ist objektiv eine Unterstützung der Opportunisten. Dabei ist diese Tendenz in den Reihen der Kommunistischen Partei Englands mehr als einmal zutage getreten. Die Kommunistische Partei Englands hat eine weit weniger klare Sprache geführt als die russischen Gewerkschaften. Die Kommunistische Partei Englands verhielt sich besonders mild gegenüber jenen „Linken“ vom Schläge Purcells, obwohl diese „linken“ Führer „entschlossen“ nach rechts marschierten, einem Bündnis mit Thomas entgegen. Die Kommunistische Partei Englands hat fast keine Kritik an Cook geübt, obwohl Cook es fertigbrachte, eine Menge Fehler zu begehen.

Mit besonderer Schärfe trat die falsche Linie der Kommunistischen Partei hervor auf der Konferenz der Minderheitsbewegung und während des Gewerkschaftskongresses in Bournemouth. Wir reden dabei schon gar nicht von der Forderung der Abberufung der Parlamentsfraktion. Das war ein großer Fehler: denn diese, der Regierung gegenüber so ergebene Opportunisten sind nicht durch die den Massen unverständliche Forderung der Abberufung zu entlarven, sondern durch die Forderung, die kämpfenden Bergarbeiter zu verteidigen, durch die schonungslose Entlarvung der Haltung der Regierung usw. Ein noch viel größerer, folgenschwerer Fehler war es, daß man in der Exekutive der Minderheitsbewegung den Beschluß auf Ausübung einer milden Kritik an dem Generalrat zur Annahme brachte. Während es gerade darauf angekommen wäre, während des Kongresses die ganze Stoßkraft gegen die verräterische Haltung des Gewerkschaftsrates zu richten, wurde ein Beschluß gefaßt, der das direkte Gegenteil bedeutet. Dadurch hat die Partei dem Generalrat unfreiwillig dabei geholfen, die Frage der Verantwortung für die Niederlage des Generalstreiks abzuwürgen.

Auf dem Kongreß zeigte der Bergarbeiterführer Cook starke Schwankungen nach der Seite des Generalrats, als er gegen die Diskussion über den Generalrat stimmte. Die linke Opposition trat gegen Cook auf, das zeigt, wie stark der Ruck der Arbeitermassen nach links ist. Cook hat zwar diesen Schritt, nachdem er ihn getan hatte, für falsch erklärt, hat aber die ganze Tiefe des Fehlers nicht restlos begriffen. Nur ganz oberflächliche Beobachter können

schreiben, daß, wie das „Workers Weekly“ vom 10. September ausführt, „Bournemouth im Vergleich zu Scarborough einen Rückschritt darstellt“. Der Gewerkschaftskongreß von Bournemouth ist nur insofern ein „Rückschritt“, als die „linke“ Bürokratie vom Schlage der Purcell und Konsorten in den Krebsgang verfallen ist. In Wirklichkeit hat Bournemouth gezeigt, welchen ungeheuren Fortschritt die Arbeitermasse getan hat. Vor einigen Monaten stand Cook „am weitesten links“. Jetzt aber hat sich auf dem Kongreß herausgestellt, daß über eine Million Stimmen viel weiter links stehen als Cook. Das muß man in seiner ganzen Bedeutung begreifen. Erfasst man das in seiner ganzen Bedeutung, so muß man auch die nötigen Schlußfolgerungen daraus ziehen: man muß Schluß machen mit den Schwankungen nach rechts und muß mit aller Energie die Verräter und Kapitulationshelden, die dem englischen Proletariat noch immer im Nacken sitzen, mit aller Energie brandmarken und entlarven.

Wir halten es für notwendig, die Fehler der Kommunistischen Partei Englands offen auszusprechen, in der bestimmten Hoffnung, daß sie rasch und leicht abgestellt werden. Die Kommunistische Partei Englands hat eine gewaltige Zukunft vor sich und wird, je weniger sie gerade jetzt in der kritischen Phase der Bewegung schädliche Fehler begeht, um so rascher die große Massenpartei der englischen Arbeiterklasse werden.*

ERCOLI:

DIE OFFENSIVE DES KAPITALS UND EINIGE GRUNDLEGENDE AUFGABEN DER GEWERKSCHAFTEN

Es ist jetzt bereits ganz klar ersichtlich, daß der Zersetzungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft nicht vereinfacht, als einseitiger Prozeß betrachtet werden darf. Es muß unbedingt ausgesprochen werden, daß wir zur gleichen Zeit, während wir die fortschreitende Desorganisierung der kapitalistischen Welt beobachten, die von der zunehmenden Unfähigkeit des Kapitalismus zur Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse der Massen zeugt, Versuche — und zwar ziemlich umfassende Versuche — zur Reorganisierung der kapitalistischen Wirtschaft vor uns haben. Mit anderen Worten: während die parasitären Formen des Kapitalismus überhand nehmen und das ganze Gefüge in seinen Grundfesten raschestens erschüttert wird, keimen im Schoße des Kapitalismus selbst Kräfte auf, die sich der Ausartung widersetzen und nach einer Neuentwicklung streben. In dieser Verquickung der einander widersprechenden Elemente sowie in ihrem verschiedenen spezifischen Gewicht liegt denn auch der Wesenszug der objektiven augenblicklichen Lage. Wir haben damit eine Lage vor uns, die wir die relative Stabilisierung des Kapitalismus nennen. Die Bemühungen der

* Die Redaktion teilt vollkommen den Standpunkt der Verfasser in bezug auf die Fehler der Kommunistischen Partei Englands. Derselben Anschauung ist auch das EKKI.

Kapitalisten sind darauf gerichtet, die Elemente des kapitalistischen Wiederaufbaus zum Siege zu führen über die Elemente des Zerfalls. Bis jetzt aber liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß diese Bemühungen von Erfolg gekrönt werden können. Im Gegenteil, sämtliche objektiven Anzeichen sprechen dafür, daß das unmöglich ist.

In der Tat verfolgen sämtliche Versuche zum Zusammenschluß der Kräfte des Kapitals lediglich ein hauptsächliches Ziel: die Aufrechterhaltung und Vermehrung des kapitalistischen Profits. Sobald aber dieses Ziel in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll, beginnen sofort sämtliche Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzubrechen.

Die Beispiele, die wir hierfür anführen könnten, sind zahlreich und entstehen unmittelbar vor unseren Augen. Nehmen wir nur den national und international vor sich gehenden Vertrauensprozeß. Die Aufgabe zur Gewährleistung der elementarsten Lebenserfordernisse der breiten Massen ist mit den Aufgaben zur Aufrechterhaltung des Kapitalprofits nicht länger vereinbar.

Um aus der Sackgasse dieser Widersprüche herauszukommen, bleibt den Kapitalisten nur der Versuch des Kampfes gegen die Arbeiterklasse. Es muß aus der Arbeiterklasse, durch neue Mittel, Profit herausgeschunden werden; die Arbeiterklasse muß mit Hilfe einer organisierten und überlegten Offensive so an die Wand gepreßt werden, daß die kapitalistische Produktionsmethode in den Stand gesetzt wird, ihr Gleichgewicht wiederherzustellen.

Die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterklasse ist somit, wie wir sehen, jene Parole, von der sich die Kapitalisten bei ihren Bemühungen, der objektiven wirtschaftlichen Lage Herr zu werden, leiten lassen: „Konzentration, Zusammenschluß aller Kräfte des Kapitals zum Kampfe gegen das Proletariat“. Unter dieser Parole entfaltet sich die Offensive des Kapitals in den verschiedensten Formen. Wir heben drei Hauptformen hervor, ohne auf die rein politischen Momente einzugehen:

1. Der Kampf zur Senkung des Arbeitslohns;
2. der Kampf zur Verlängerung der Arbeitszeit;
3. der Kampf um eine intensivere Ausbeutung des Arbeiters im Betrieb.

Auf diese drei Grundformen stoßen wir in allen Fällen, in denen sich die Klasse offen und frech die Aufgabe der Ueberwindung der Wirtschaftskrise, d. h. der Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stellt. Sie treten übrigens auch dort hervor, wo man lediglich offen über den Plan der Stabilisierung, über die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung spricht, d. h. in der gesamten bürgerlichen Welt. Nehmen wir nur das eklatanteste Ereignis — den Konflikt im englischen Bergbau. Der Kohlenbergbau Englands macht eine Krise durch. Die gesamte Wirtschaft Englands, die den Kohlenbergbau zur Grundlage hat, befindet sich in einem Krisenzustand. Die Kohlengruben Englands werfen unter dem gegenwärtigen kapitalistischen Produktionssystem nicht mehr den üblichen Durchschnittsprofit ab. Was ist da zu machen? Die Bergwerksbesitzer und zusammen mit ihnen die gesamte herrschende Klasse des kapitalistischen England, sehen keinen anderen Ausweg als den Abbau des Arbeitslohnes, die Verlängerung der Arbeitszeit und die schärfste Ausbeutung der Arbeitskraft des Kumpels zur restlosen Wiederherstellung des kapitalistischen Profits. In Frankreich

wirft der Sachverständigenplan ohne die leisesten Schwankungen das Problem der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeitskraft auf, und die Industriellen reden ohne die leisesten Schwankungen von der Notwendigkeit gewisser Härten, um den Arbeitern jene Bedingungen aufzuzwingen, die durch die Stabilisierung erforderlich werden; in Italien führt das Gesetz den neunstündigen Arbeitstag ein, während die Arbeiter gezwungen sind, zehn bis elf und sogar zwölf Stunden um einen Hungerlohn zu schuften; in Deutschland besteht die „Rationalisierung“ in der Hauptsache in der Verelendung der Werkstätigen und ihrer Unterwerfung unter die ständig zunehmende wirtschaftliche Unterjochung.

Neben diesen drei Grundformen der Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse muß ergänzend auf die Massenarbeitslosigkeit verwiesen werden, die zu einer ständig zunehmenden Dauererscheinung in den meisten kapitalistischen Ländern geworden ist. Diese Erscheinung kann man einerseits als Krisen-„Symptom“ betrachten; andererseits aber ist sie die Folge der kapitalistischen Rationalisierungsversuche und stellt einen unzertrennlichen Bestandteil des Kampfplanes gegen das Proletariat dar. Mit der Schaffung einer Arbeitslosen-Reservearmee wird faktisch nicht nur eine der Bedingungen geschaffen, die es ermöglichen, den Arbeitslohn niedrig zu halten, sondern es wird dadurch auch die Widerstandskraft der Arbeiterklasse selbst geschwächt und deren Reihen werden zersetzt.

Das sind die Grundzüge der wirtschaftlichen Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse. Wenn wir uns nun fragen, wie die Arbeiterklasse auf diese Offensive reagiert, so müssen wir gestehen, daß das Bild, soweit es sich um organisierte Gegenwehr handelt, im allgemeinen ein ungünstiges ist. Während die Offensive des Kapitals sich in vollem Schwung befindet, bemerken wir fast überall, wie sich die Reihen der Gewerkschaftsverbände lichten und ihre Kraft zurückgeht. Diese Erscheinung äußert sich nicht überall in den gleichen Formen. Der höchste Grad der Desorganisation ist in jenen Ländern zu beobachten, in denen die Offensive gegen das Proletariat gleichzeitig auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet (die bewaffnete Reaktion) geführt wird; der geringste Grad der Desorganisation herrscht in jenen Ländern, wo die Arbeiterklasse auf Grund ihrer Tradition stark organisiert ist. Aber auch in diesen Ländern sind Symptome der Zersplitterung und des Rückganges der Kräfte der gewerkschaftlichen Organisation vorhanden. Und vor allem bestehen überall — ohne Ausnahme — unverkennbare Anzeichen dafür, daß die traditionellen Abwehrorganisationen der Arbeiter — die Gewerkschaften — außerstande sind, die Kräfte der Arbeiterklasse zum Widerstand zusammenzufassen und sie zum Gegenangriff zu führen. Diesen negativen Symptomen entsprechen aber andererseits — und zwar in dem Grade der zunehmenden Verschärfung des gegnerischen Drucks — Tendenzen in den Massen zur Wiederherstellung der Einheit der Kampffront ihrer Klasse.

Wir befinden uns somit auch hier nicht einem einfachen, sondern einem doppelten Prozeß gegenüber, in dem sich gleichzeitig positive und negative Faktoren bemerkbar machen. Die Avantgarde der Arbeiterklasse muß in aktiver Weise eingreifen, um den positiven Faktoren das ausschlaggebende Übergewicht zu verschaffen, die breitesten Massen immer mehr in den Kampf hineinzuziehen und dafür zu sorgen, daß das Element der Organi-

siertheit bei diesem Kampf unaufhörlich zunimmt und die Kampfkraft der Armee der Werktätigen wächst.

Die grundlegende Parole der Arbeiterklasse und ihrer Abwehr- und Angriffsorganisationen in diesem Kampf muß eine den kapitalistischen Parolen analoge Parole sein; sie muß in dem Maße, wie die kapitalistischen Parolen kapitalistische Interessen verfolgen, auf die eigenen Interessen der Arbeiterklasse zugespitzt sein und muß lauten: „Zusammenschluß der Kräfte der Arbeit zur Brechung des mit vereinten Kräften angreifenden Kapitals“.

Der politische Ausdruck dieser Parole ist die Taktik der Einheitsfront, eine Taktik, die auch gegenwärtig die Grundlage des Vorgehens der proletarischen Vorhut und deren stärkste Waffe bleiben muß, da sie mit ihrer Hilfe die Möglichkeit besitzt, den Krisenprozeß der kapitalistischen Gesellschaft zu beeinflussen und alle mehr oder weniger breiten Schichten der werktätigen Massen an die Front des Klassenkampfes zu führen.

Die Bedeutung der Taktik der Einheitsfront liegt darum nicht nur darin, daß sie ein Entlarvungsmanöver ist, sondern sie hat auch positive Bedeutung in dem Sinne, daß sie bestrebt ist, den vereinigten Kräften des Kapitals die gewaltige Kraft der Arbeiter entgegenzuwerfen und auf diese Weise die Versuche zur Stabilisierung des Kapitalismus abzuwehren. Jeglicher Versuch zur Liquidierung dieser Taktik ist nicht nur auf das entschiedenste abzulehnen, sondern muß auch als den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse widersprechend betrachtet werden.

Der Kampf um den Zusammenschluß der Kräfte des Proletariats hat innerhalb der Tätigkeit der Gewerkschaften noch nicht jenen Ausdruck gefunden, der den Verhältnissen des Augenblicks gerecht wird. In erster Linie gilt es, sich die Aufgabe zu stellen, der Zersplitterung der Gewerkschaften entgegenzuarbeiten. Die zweite Aufgabe besteht darin, keine Schwächung der Kampfkräfte der Arbeiterklasse infolge der Arbeitslosigkeit zuzulassen. Wir müssen es verstehen, mit den den Gewerkschaften angehörenden Arbeitern und den außerhalb der Gewerkschaften stehenden Arbeitermassen eine ständige Verbindung herzustellen; gleichzeitig müssen wir eine organische und ständige Verbindung mit den im Betriebe ausgebeuteten Arbeitern und den Arbeitslosen schaffen. Es handelt sich dabei nicht nur um ein Problem der Propaganda und um die Gewinnung neuer Mitglieder. Die Propaganda für den Beitritt der Massen zu den Gewerkschaften, der Kampf gegen jegliche Formen gewerkschaftlicher Enthaltung, sowie die Propaganda für die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den Arbeitslosen und den Gewerkschaftsorganisationen muß in den Mittelpunkt unserer Arbeit rücken. Aber wir müssen wissen, daß diese Formen unserer Arbeit nicht genügen. Die Offensive des Kapitals entwickelt sich rascher, als die einfache Arbeit der Propaganda zu arbeiten vermag. Unser Ziel besteht deshalb darin, in einem günstigen Moment, und zwar in Formen, die durch die Verhältnisse diktiert werden, eine ganze Reihe organischer Verbindungen unter den Massen, die außerhalb der Gewerkschaften bleiben, sowie unter den Arbeitslosen zu schaffen. Diese Aufgabe ist gegenwärtig in allen Ländern aktuell. Das beweist die neben den Gewerkschaften und im Kontakt mit ihnen erfolgende Bildung von proletarischen Einheitskomitees (Frankreich), Agitationskomitees (Italien), Aktionsausschüssen (England).

Die Ergebnisse sind nicht stets günstig, häufig werden Fehler begangen. Aber die Notwendigkeit des Studiums und der Kritik beweist noch nicht, daß wir diese Tendenz überhaupt verurteilen und ablehnen sollen. Soweit es sich um die Tätigkeit handelt, die wir unter den Arbeitslosenmassen zu leisten haben, entsprechen die erreichten Erfolge bei weitem nicht dem Ernst der gestellten Aufgaben. Unsere Parteien, besonders in Deutschland, in der Tschechoslowakei und in England, müssen noch viel entschiedener an die Organisation der Arbeitslosen sowie an die Bildung organischer Verbindungen zwischen den Arbeitslosen und den gewerkschaftlich organisierten Massen herantreten. Diese Aufgabe ist gewiß keine einfache. Es bestehen ernsthafte Hindernisse und es besteht sogar ein gewisses Risiko. Aber es ist immer noch besser, zu irren, als gar nichts zu tun. Der Versuch zur Verwandlung der Arbeitslosen in eine solid organisierte kämpfende Masse — ist ein Ziel, das ungeheure politische Bedeutung hat. Zur Erreichung dieses Zieles ist nicht nur Geduld und Ausdauer erforderlich, sondern auch Energie, Mut und Entschlossenheit.

Unter dem gleichen Gesichtspunkte muß die Frage der Betriebsräte angeschnitten und gelöst werden. Die Betriebsräte — die Erstlingsorganisation der im Betriebe zusammen befindlichen Massen — müssen zu jener Waffe werden, mit deren Hilfe die Vorhut des Proletariats die organische Einheit sämtlicher Kräfte des Proletariats im Kampfe gegen die Offensive des Kapitals herzustellen hat. Im gegenwärtigen Moment gewinnt diese organisatorische Form eine ausnehmend steigende Bedeutung, und zwar deshalb, weil der Klassenkampf in den Fabriken und Betrieben die Tendenz zur Annahme neuer Formen im Zusammenhang mit den Unternehmerplänen in bezug auf die Rationalisierung der Industrie zeigt. Die Rationalisierung bedeutet in den Augen der Arbeiter nichts anderes als eine stärkere Ausbeutung — eine systematische, „wissenschaftliche“, hemmungslose Ausbeutung. Die Mobilisierung der Arbeiter gegen diese Ausbeutung muß natürlich die Fabrik zum hauptsächlichsten Mittelpunkt wählen, da sich dort die neuen Formen der Ausbeutung vor allem bemerkbar machen. Die Betriebsräte müssen die Waffe und die Führer des Kampfes werden. Von den Betriebsräten muß der Kampf gegen die Rationalisierung weitergehen und sich auf die gesamte Klassenorganisation ausdehnen.

Eine andere Fragenruppe, die die Avantgarde des Proletariats verstehen muß zu stellen und zu lösen, bezieht sich auf die Organisation der Gewerkschaften selbst. Der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse muß auf diesem Gebiet in folgenden Formen zum Ausdruck kommen:

1. in dem Kampf um die Zentralisierung der Gewerkschaftsbewegung überhaupt und besonders um die Schaffung von Industrieverbänden;
2. in dem Bestreben zur Ausnützung aller möglichen provisorischen Organisationen (des Aktionsbundes usw.), die aktiv gegen die Organisationen des Kapitals ausgespielt werden können.

Wir stoßen auf diesem Gebiet auf den bornierten Widerstand der reformistischen Gewerkschaftszentren, da die Zentralisierung der Gewerkschaftsbewegung vor allem eine Verschärfung und Konzentrierung des Klassenkampfes bedeutet, — was sie mehr als alles andere fürchten. Daneben würde eine solche Zentralisierung eine eigenartige „Rationalisierung“ des Gewerk-

schaftsapparates mit sich bringen, d. h. eine gewisse Anzahl von Gewerkschaftsbonzen würden dabei ihre sicheren Posten verlieren. Das ist der Grund, warum unser Kampf auf beiden Fronten geführt werden muß — im engsten Kontakt mit den Arbeitermassen, die unter dem Druck der Offensive des Kapitals und unter der Losung der Hineinziehung der Gewerkschaften in den Klassenkampf sowie der Schaffung einer wirklich revolutionären Führung der Gewerkschaften bereits in Bewegung gekommen sind. Aber nur, wenn wir den Kampf gegen die reformistischen Führer mit jenen Parolen verbinden, die die Notwendigkeit des Klassenkampfes im gegenwärtigen Moment widerspiegeln, werden wir auch dem Kampf gegen die Reformisten jene konkrete Form verleihen, deren er bedarf, um die Mehrheit der Arbeiterklasse mitzureißen.

Der Kampf um die gewerkschaftliche Einheit des Proletariats, der eine der zentralen Aufgaben unserer Arbeit überhaupt ist, muß zum beherrschenden Element unserer gesamten praktischen Kleinarbeit in den Gewerkschaften werden. Durch den Kampf um die Einheit lösen die Kommunisten jene Aufgabe, die ihnen Marx bereits im „Kommunistischen Manifest“ gestellt hat: „Zu jeder Zeit die allgemeinen Interessen des ganzen Proletariats in seinem Kampfe um seine Befreiung zu vertreten“.

JAN STEN: LENINISMUS ODER TROTZKISMUS

(Ueber die grundlegenden Differenzen in der KP der SU)

Das jüngste Verhalten der Opposition der KPderSU, ihre Versuche, eine illegale Fraktion zu gründen, das Abschwenken der Opposition von 1925 in der Person der Genossen Sinowjew und Kamenew zum Trotzismus, unterstreicht die Notwendigkeit einer breiteren Erörterung und Aufklärung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mehrheit der KPderSU und der Opposition, die gegenwärtig in der Gestalt eines Blocks aller Fraktionsgruppen, die sich jemals offen gegen Lenin geäußert haben, auftritt.

An den Wendepunkten der Revolution, als die Partei sich vor neue aktuelle Aufgaben gestellt sah, sind stets in einzelnen Schichten der Partei die in einer Situation kleinbürgerlicher Einkreisung zu wirken hat, Schwankungen entstanden, ein Mißverstehen der neuen Aufgaben, ein Unglaube an die Möglichkeit des Sieges.

Alle diese Abirrungen vom echten Leninismus, die den früheren Oppositionsgruppen eigentümlich waren, haben jetzt ihren konzentrierten Ausdruck in der Ideologie der „vereinigten Opposition“ gefunden.

Unmittelbar vor dem Oktoberumsturz, auch während des Umsturzes selbst, machte sich in einer kleinen Schicht der bolschewistischen Parteispitzen ein Unglaube an die Möglichkeit des siegreichen proletarischen Aufstandes bemerkbar. Die Genossen Sinowjew und Kamenew waren es, die diesen Unglauben am deutlichsten zum Ausdruck brachten. Kamenew ging

dabei davon aus, daß die bürgerlich demokratische Revolution noch nicht vollendet sei und daß daher der Kampf um die Machtergreifung durch die Sowjets die Vertretung des Standpunktes der unmittelbaren sozialistischen Revolution und ein Ueberspringen der unabgeschlossenen Etappe der Bauernrevolution bedeute. Kamenew begriff nicht, daß dieses Umschlagen der bürgerlich demokratischen Revolution in eine sozialistische für die damalige Etappe der Revolution gerade charakteristisch war und daß daher die Sowjets sich zu Organen der proletarischen Diktatur wandeln mußten. Trotzki blieb seinen falschen theoretischen Konstruktionen treu und bildete sich ein, daß die Bolschewiki sich seinem theoretischen Standpunkt, „der Theorie der permanenten Revolution“ angeschlossen hätten. Später, im Jahre 1922, hat er dies in seinem Vorwort zum Buche „1905“ offen ausgesprochen.

Nunmehr sind wir Zeugen eines neuen Rückfalls, eines erneuten Auftauchens der alten Fehler von Kamenew, Sinowjew und Trotzki. Unsere Revolution steht jetzt am Wendepunkt in dem Sinne, daß die Aufgabe der Grundsteinlegung für die sozialistische Oekonomik unmittelbar und praktisch vor uns steht. Wir sind in die zweite Nep-Periode eingetreten. Genosse Stalin sagt darüber folgendes:

„..... Im ersten Zeitabschnitt handelte es sich in erster Linie um die Entwicklung der Landwirtschaft. Genosse Lenin sagte damals: die Wiederherstellung der Volkswirtschaft muß mit der Wiederherstellung der Landwirtschaft begonnen werden. Dies wurde damals von der sogenannten „Arbeiteropposition“ und einigen Anhängern des Genossen Trotzki bestritten. Jedoch hat es sich schließlich herausgestellt, daß Genosse Lenin und seine Partei recht hatte. Heute, in der zweiten Nep-Periode, handelt es sich bei der Entwicklung der Volkswirtschaft in erster Linie um die Entwicklung der Industrie. Wenn wir es in der Volkswirtschaft, darunter auch in der Landwirtschaft, weiter bringen wollen, müssen wir den Schwerpunkt auf die Entwicklung in der Industrie verlegen. Somit gilt jetzt unsere Aufmerksamkeit den industriellen Fragen. Die strategische Aufgabe ist nach wie vor die gleiche: Aufbau des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft. Um aber dieses Fundament bauen zu können, hatte man in der ersten Nep-Periode den Hebel an die Landwirtschaft anzulegen, in dieser zweiten Nep-Periode liegt aber der Schlüssel für die Entwicklung der Volkswirtschaft bei der Industrie.“

In der Zeit des Uebergangs zur Nep bestand die Hauptaufgabe in der Belebung des Austausches zwischen Landwirtschaft und Industrie und in möglicher Förderung der Landwirtschaft. Nur auf diesem Wege konnte der Markt, konnten die Rohstoff- und Lebensmittelquellen für die Industrie erschlossen werden. Gleichzeitig bedeutete der Uebergang zur Nep eine Wiederherstellung der Marktverhältnisse und des Warenaustausches. Auf dem Boden der Marktverbindungen zwischen Industrie und Landwirtschaft erstarkten unvermeidlich die kapitalistischen Elemente des flachen Landes, verschärften sich die Differenzierungsprozesse innerhalb der Bauernschaft.

Eben in dieser durch den Wendepunkt in der Entwicklung unserer Revolution bedingten Situation, als die Aufgaben des unmittelbaren Aufbaues des sozialistischen Fundaments auf die Tagesordnung gestellt wurden, trat der Kapitulationsgeist der vereinigten Opposition, ihr Unglaube an die Möglichkeit einer siegreichen sozialistischen Revolution und einer erfolgreichen sozialistischen Aufbauarbeit unter den gegenwärtigen Voraussetzungen der Sowjetunion mit voller Deutlichkeit zu Tage. Durch die Wiederherstellung des Warenmarktes und des Warenaustausches machte

die Nep ein gewisses Anwachsen der kapitalistischen Elemente auf dem Lande unvermeidlich. Die Opposition aber übertrieb in ihrer Auffassung diese Tendenz zum Anwachsen kapitalistischer Elemente dermaßen, daß die zentrale Rolle des Mittelbauern übersehen wurde und daher die Aufgabe der Festigung des Bündnisses zwischen Proletariat und armen Bauern einerseits und den Mittelbauernmassen andererseits in Wegfall kam. Die Zunahme der kapitalistischen Elemente wuchs in den Augen der Opposition zu einer so gewaltigen Größe heran, daß der sozialistische Charakter unserer Industrie und die übrigen Machtstellungen der sowjetistischen Wirtschaft vollständig in den Hintergrund gedrängt wurde. Dadurch verlor sie die Möglichkeit, die wirtschaftliche Entwicklung der Hauptmasse der Bauernschaft in neue nicht kapitalistische Wege zu leiten. Die ganze leninistische Auffassung der Nep wurde von der Opposition einer vollständigen Revision unterzogen und die Perspektiven weiterer sozialistischer Aufbauarbeit von Grund auf entstellt.

Ueber den Sieg des Sozialismus in einem Lande

Die allgemeinste Frage, die den Zentralpunkt der übrigen Teildifferenzen mit der Opposition von 1925 bildet, ist die Frage der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Lande. Die Opposition, in der Person der Genossen Kamenew und Sinowjew, leugnet diese Möglichkeit nach wie vor. Dadurch, daß sie die Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande beweisen wollen, rutschen sie unaufhaltsam zur trotzkistischen Auffassung dieser Frage ab.

Der Umstand, daß Rußland ein technisch rückständiges, kleinbäuerliches Land ist, bringt sie in Verwirrung. In einer Sitzung des Pol-Büros, die vor der 14. Parteikonferenz stattfand, sprachen sich die Genossen Sinowjew und Kamenew dahin aus, daß es infolge der technischen Rückständigkeit der Sowjetunion dem Proletariat unmöglich sein wird, eine ausgebildete sozialistische Gesellschaft aufzubauen. In seinem Büchlein „Der Leninismus“ ging Genosse Sinowjew so weit, den absurden Satz aufzustellen, daß uns jetzt eine Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues gesichert ist, die uns die Möglichkeit, den Sozialismus aufzubauen, nicht sichert (siehe S. 293).

Anstatt die Frage konkret zu stellen, und die beiden, vor unserer Revolution stehenden Hauptaufgaben auseinander zu halten, wirft Genosse Sinowjew alles in einen Topf und schleppt Zitate herbei, die nicht zur Sache gehören. Einerseits steht vor unserer Revolution die Aufgabe, die inneren Widersprüche unseres Landes, die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, andererseits aber die äußeren Widersprüche, d. h. die Widersprüche zwischen einem dem Sozialismus zustrebenden Lande und der kapitalistischen Welt, zu überwinden.

Genosse Stalin führt folgendes aus:

„Unser Land kennt zwei Gruppen von Widersprüchen. Die eine Gruppe ist der innere Widerspruch zwischen Proletariat und Bauernschaft. Die andere Gruppe ist der äußere Widerspruch zwischen unserem Lande, als einem sozialistischen Land, und den übrigen Staaten, als Länder des Kapitalismus.“ „Wer die erste Gruppe der Widersprüche, die mit der eigenen Kraft des Landes überwunden werden können, mit der zweiten Gruppe verwechselt, deren Widersprüche nur durch die vereinten Kräfte der Proletarier mehrerer Länder beseitigt werden können, der läßt sich einen groben

Fehler gegen den Leninismus zu schulden kommen, der ist entweder ein Wirrkopf oder ein unverbesserlicher Opportunist.*

Genosse Sinowjew ist dieser Konfusion, dieser Verwechslung zweier verschiedenartiger Widersprüche schuldig. Die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande bedeutet die Möglichkeit, durch dessen eigene Kraft den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft zu überwinden. Insofern aber die Sowjetunion von kapitalistischen Ländern umringt ist, bedeutet die Ueberwindung der inneren Widersprüche noch nicht den endgültigen Sieg des Sozialismus. Es bleibt die Gefahr eines Kriegsüberfalles, es bleibt die Gefahr der Verhinderung der sozialistischen Aufbauarbeit durch den Weltkapitalismus. Nur ein Zusammenwirken der Proletarier aller Länder kann die Sowjetunion vor Interventionen schützen, den endgültigen Sieg des Sozialismus sichern. Die äußeren Widersprüche können nur im Rahmen der internationalen Revolution gelöst werden.

Die Leugnung der Möglichkeit, die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, als zwei selbstständigen wirtschaftlichen Kategorien im Rahmen eines Landes zu überwinden, ist eine direkte Schlußfolgerung aus der Theorie der permanenten Revolution vom Genossen Trotzki.

„Die Widersprüche der Situation einer Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung, können nur im internationalen Maßstab, auf der Arena der proletarischen Weltrevolution ihre Lösung finden.“ (Aus dem Vorwort zu „1905“.)

Indem die Genossen Sinowjew und Kamenew die Unmöglichkeit des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion mit der technischen Rückständigkeit und dem kleinbürgerlichen Charakter unseres Landes begründen, schlagen sie sich offen zum Trotzkiismus und Menschewismus. Derlei ist nichts anderes als Wiederholung sozialdemokratischer Gemeinplätze. Diese schablonenmäßigen Einwände sehen äußerlich dem Marxismus ähnlich, in Wirklichkeit aber bedeuten sie einen Verzicht auf die Analyse der konkreten geschichtlichen Eigenheiten der russischen Revolution. Auf diesen Charakterzug sozialdemokratischer Kritik verweist auch Lenin in seiner gegen den Menschewisten Suchanow gerichteten Notiz:

„..... Ihnen (den Menschewiken) ist der Gedanke fremd, daß unter Einhaltung der allgemeinen Gesetzmäßigkeit der weltgeschichtlichen Entwicklung, einzelne Entwicklungsperioden, die in Form oder in der Aufeinanderfolge Abweichungen davon aufweisen, nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern im Gegenteil, vorausgesetzt sind. Es will ihnen z. B. nicht in den Sinn, daß Rußland, das an der Grenze zwischen den zivilisierten Ländern und den durch diesen Krieg zum erstenmal in die Zivilisation hineingezogenen, den außereuropäischen, den orientalischen Ländern, steht, aus diesem Grunde einige eigenartige Züge bieten konnte und mußte, die wohl selbstverständlich in der allgemeinen Linie der Weltrevolution liegen, jedoch seine Revolution von allen bisherigen Revolutionen westeuropäischer Länder unterscheiden und beim Uebergang zu orientalischen Ländern teilweise Neues bringen.“

„Unendlich schablonenhaft ist bei ihnen z. B. der Einwand, den sie in der Entwicklungszeit der westeuropäischen Sozialdemokratie auswendig gelernt haben und der darin besteht, daß wir noch nicht reif für den Sozialismus seien, daß bei uns, wie allenthalben menschewistische „Gelehrte“ sagen, die objektiven wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Sozialismus fehlen. Niemanden fällt es ein, sich die Frage vor-

* Stalin: Die Ergebnisse der 14. Parteikonferenz. Enthalten in dem demnächst erscheinenden Sammelbuch „Probleme des Leninismus“. Marxistische Bibliothek Nr. 5. Verlag für Literatur und Politik 1926.

zulegen: „Kann aber nicht ein Volk, angesichts einer revolutionären Situation, wie sie dank dem ersten imperialistischen Krieg entstanden ist, unter dem Eindruck der Hoffnungslosigkeit seiner Lage sich in einen solchen Kampf stürzen, der ihm auch nur geringe Chancen für die Eroberung etwas außergewöhnlicher Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Zivilisation bietet?“

„Rußland hat noch nicht diejenige Höhe der Entwicklung der Produktionskräfte erreicht, auf der der Sozialismus möglich ist.“ Alle Helden der II. Internationale, darunter natürlich auch Suchanow, gehen mit diesem Satz hausieren. Dieser unbestreitbare Satz wird von ihnen in allen Tonarten wiederholt. Ich glaube aber, daß er für die Beurteilung unserer Revolution nicht entscheidend ist.“ (Lenin, Band 18, Teil II, Seite 118/119.)

Diese Worte Lenins weisen deutlich darauf hin, daß die Tatsache, Rußland habe zu Beginn der Revolution das für den sozialistischen Aufbau notwendige Entwicklungsniveau der Produktionskräfte noch nicht erreicht, keineswegs entscheidend ist für die Beurteilung der weiteren Aussichten der sozialistischen Aufbauarbeiten in Sowjetrußland. Wenn die grundlegende Formel des historischen Materialismus, das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte sei bestimmend für alle übrigen Seiten der sozialgeschichtlichen Entwicklung, ein allgemeines weltgeschichtliches Gesetz ist, so bedeutet dies nicht, wie Lenin zutreffend sagt, daß es in der Weltgeschichte keine einzelnen Entwicklungsperioden geben könnte, die in Form oder in der Aufeinanderfolge Abweichungen von dieser Entwicklung aufweisen. Die besonderen Eigentümlichkeiten einer, vom Verhältnis der Klassenkräfte sowohl im internationalen Maßstab als auch innerhalb des Landes bedingten revolutionären Situation, haben es möglich gemacht, auf revolutionärem Wege eine proletarische Staatsmacht einzusetzen, die bedeutendsten Produktionsmittel zu sozialisieren und dadurch die ersten elementaren Voraussetzungen für die Entfaltung sozialistischer Aufbauarbeit zu schaffen. Dieser Umstand ist die wichtigste konkrete geschichtliche Eigentümlichkeit der russischen Revolution. Genosse Trotzki hat sich diesen entscheidenden Moment nicht klargemacht und auch Genosse Sinowjew und Kamenew sind über diese Eigentümlichkeit gestrauchelt.

Dieser ganze Streit über die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus ist, wie bereits gesagt, am Wendepunkt des wirtschaftlichen sozialistischen Aufbaus entbrannt: bei uns handelt es sich jetzt um die Schaffung einer neuen, vervollkommenen technischen Basis für unsere Industrie und unsere ganze Volkswirtschaft. Als nun diese Frage, als praktische Aufgabe, mit deren Lösung heute schon begonnen werden muß, entstand, tauchten in den Köpfen einiger Genossen Zweifel darüber auf, ob wir mit Hilfe unserer eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten mit dieser Aufgabe fertig werden können. Dieselben Genossen, die während der Oktoberrevolution gezagt haben, schwanken von neuem im Augenblick, wo wir an einem neuen Wendepunkt der Revolution angelangt sind, wo der Uebergang zum unmittelbaren sozialistischen Aufbau auf der Tagesordnung steht. Der Fehler, den die Genossen Sinowjew und Kamenew im Jahre 1917 begangen haben, tritt hier in einer anderen Form wieder in Erscheinung. Durch die Leugnung der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Lande ist die Frage der Rechtmäßigkeit der Oktoberrevolution wiederum aufgerollt worden.

Nachdem die Genossen Sinowjew und Kamenew in dieser hochwichtigen Frage glücklich zum Trotzismus herabgerutscht sind, unterziehen sie auch die Leninische Theorie der Nep einer Rückrevidierung.

Wie revidiert Genosse Sinowjew die Leninsche Theorie der Nep?

Der Standpunkt der Genossen Sinowjew und Kamenew, es sei unmöglich, die Wirtschaft der Sowjetunion auf sozialistischer Grundlage aufzubauen, beruht auf einer falschen Auffassung der Nep. Die strategische Hauptaufgabe der Partei beim Uebergang zur Nep wurde von Lenin deutlich betont und klar formuliert:

„Die Ersetzung des „Raswjorstka“, d. h. der zwangsweisen Eintreibung der Lebensmittel über das Existenzminimum hinaus, durch Besteuerung; die prinzipielle Bedeutung dieser Ersetzung ist — der Uebergang vom Kriegskommunismus zu einer richtigen sozialistischen Grundlage.“ (Leninsches Sammelbuch Nr. 4, Seite 372.)

Alle Fehler der falschen Auffassung der Nep durch die Genossen Sinowjew und Kamenew beruhen auf dem Mißverstehen der Nep als einer Methode für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsbasis. Für Sinowjew ist die Nep ein permanenter Rückzug. Er ist sich über die innere Entwicklungsdynamik der Nep-Zeit vollkommen unklar. Er sagt:

„Es ist daher falsch, die Sache so darstellen zu wollen, als ob der Rückzug, den die Nep zweifellos darstellt, kein Rückzug sei, sondern eine Art Vergnügungsfahrt, eine Reise über spiegelnden Asphalt, eine Methode eines glatten, schmerzlosen Hineinwachsens in den Sozialismus, ein vollkommen gefahrloser Entwicklungsprozeß.“
 „..... Wir müssen es heute, gleich Lenin, offen und ehrlich sagen, daß die Nep ein Rückzug war.“ (Sinowjew, „Der Leninismus“, Seite 227.)

Die Nep ist nicht gefahrlos, sie ist keine Methode eines schmerzlosen Hineinwachsens in den Sozialismus, denn sie ist der Ausdruck eines widerspruchsvollen und erbitterten Kampfes der heranwachsenden sozialistischen Wirtschaftselemente gegen die kapitalistischen. Jedoch ist die Nep trotzdem eine Methode zum Aufbau des Sozialismus, ein Weg für die Fundamentlegung der sozialistischen Wirtschaft. Das ist es aber, was dem Genossen Sinowjew unverständlich ist. Genosse Sinowjew, für den die Nep nichts als permanenter Rückzug ist, charakterisiert die sowjetistische Staatsindustrie und unsere Volkswirtschaft als Staatskapitalismus.

„Die Nep ist „Staatskapitalismus im proletarischen Staat.“ (Sinowjew, „Leninismus“, Seite 234.)

Zutreffend ist die Behauptung, daß es sich beim Uebergang vom Kriegskommunismus zur Nep um einen strategischen Rückzug gehandelt hat. Dieser strategische Rückzug war eine Folge dessen, daß das Land, worauf Lenin hingewiesen hat, nicht in der Lage war, direkt dem Sozialismus zuzusteuern. Es hat sich als unmöglich herausgestellt, die kommunistische Produktion und Verteilung mit einem Schlag zu organisieren. Als diese Unmöglichkeit sich offenbarte, da galt es, Mittelglieder, Uebergangsstufen ausfindig zu machen. Als ein solches Mittelglied war der Staatskapitalismus in der Form von Konzessionen, gemischten Gesellschaften, und Verpachtung von Betrieben gedacht. In den Anfängen der Nep, als die Hauptaufgabe in der Hebung der Produktionskräfte und der einfachen Steigerung der Produktionsmengen bestand, stellte Lenin die ausgiebige Anwendung staatskapitalistischer Methoden auf die Tagesordnung. Nur in diesem Sinne ist die Erklärung Lenins, wir hätten einen Rückzug zum Staatskapitalismus vollzogen, zu verstehen. Doch ist es falsch, diese Erklärung so auszulegen, als sei durch diesen Rückzug unsere ganze Wirtschaft staatskapitalistisch geworden. Die nationalisierte Großindustrie war zu Beginn der Nep in zer-

störtem Zustande und konnte daher keine ausschlaggebende Rolle in der Volkswirtschaft spielen. Die staatskapitalistischen Methoden sind aber, entgegen den ursprünglichen Plänen, nicht zu großer Anwendung gelangt. Die Großindustrie wurde allmählich wiederhergestellt und rückte immer mehr an die leitende Stelle unserer Volkswirtschaft. Dies bedeutete die Schaffung der Möglichkeit, nicht mehr den bloßen Aufstieg der Produktionskräfte in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen, sondern ihre Entwicklung in sozialistischen Formen anzustreben. Dies bedeutete, daß dem Rückzug Einhalt getan und mit einer Umgruppierung der Kräfte zu einem Angriff auf der Bahn der Nep begonnen werden kann. Diese einzelnen Etappen der Nep und der Uebergang vom Rückzug zur Offensive, sind dem Begriffsvermögen des Genossen Sinowjew unzugänglich.

Der Rückzug zur Nep wurde in einigen Etappen vollzogen. Als im Frühjahr 1921 auf dem 10. Parteitag der KPR die Frage des Ueberganges von der „Raswjorstka“ zur Besteuerung der Bauernschaft auf die Tagesordnung gestellt wurde, was den freien Verkauf des dem Bauer nach Entrichtung der Steuer verbleibenden Teils der Ernte und daher auch Freiheit des Handels voraussetzte, war in erster Zeit ausschließlich vom lokalen Warenaustausch die Rede. Es wurde angenommen, daß eine völlige Freiheit des Warenaustausches nicht erforderlich sein werde, daß es möglich sei, auf Grund des unmittelbaren freien Austausches eine Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft herzustellen. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß der im Frühling 1921 vollzogene Rückzug ungenügend war und daß man in derselben Richtung noch weiter vorgehen müsse. Dieser weitere Rückzug wurde im Oktober 1921 von Lenin auf der Moskauer Bezirkskonferenz der KP angekündigt. Er wies darauf hin, daß der Frühjahrsrückzug sich als ungenügend herausgestellt hat, daß man nicht dabei bleiben und von dem gewonnenen Terrain aus eine Offensive entfalten könne. Bezugnehmend auf den Aufbauplan, der vor dem Frühjahrsrückzug in Aussicht genommen war, führte Lenin aus:

„Es wurde geplant, auf mehr oder minder sozialistischem Wege die staatlichen Erzeugnisse gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse einzutauschen und durch diesen Warenaustausch die Großindustrie, als einzige Grundlage sozialistischer Organisation, wieder herzustellen. Was stellte sich aber heraus? Es stellte sich heraus — was Ihr alle aus der Praxis wißt und was auch aus der Presse zu ersehen ist — daß dieser Warenaustausch mißlungen ist: mißlungen in dem Sinne, daß er die Form von Kauf und Verkauf angenommen hat. Wir müssen das jetzt offen zugeben, wenn wir nicht Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn wir nicht Leute sein wollen, die ihre Niederlage nicht bemerken, wenn wir uns nicht davor fürchten, der Gefahr ins Auge zu schauen“ „Daher sind wir in der Lage von Menschen, die noch immer zum Rückzug genötigt sind, um in der Zukunft endlich zur Offensive übergehen zu können.“ (Lenin, Band 18, Teil I, Seite 398.)

Es wurde ein weiterer Rückzug vollzogen, und Lenin stellte die Losung auf: „Lernt, Handel zu führen.“ Um bei Warenaustausch, bei Kauf und Verkauf den Interessen der Großindustrie dienen und sie mit der Landwirtschaft in Verbindung bringen zu können, war es notwendig, sich die Aufgabe zu stellen, den Handel als eine wirtschaftliche Uebergangsform auszunutzen. Die Vertreter der Opposition betonten mit besonderem Nachdruck das Vorhandensein von Geld und Handel in Sowjetrußland und sind der Auffassung, dies sei der schlagendste Beweis dafür, daß unsere Volkswirtschaft unter der Herrschaft der Nep in ihrer Gesamtheit als staats-

kapitalistische Wirtschaft bezeichnet werden muß. Dadurch wird aber nur erneut bewiesen, daß die Vertreter dieses Standpunktes an der Oberfläche der Erscheinungen haften bleiben, anstatt die Beziehungen zwischen verschiedenen Arten sozialwirtschaftlicher Ordnung und ihren Zusammenhang mit solchen wirtschaftlichen Uebergangsformen, wie der Handel eine ist, zu analysieren. Lenin hat uns zur Lösung dieser Frage in seinem Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ genaue Anweisungen erteilt.

„Somit muß in bezug auf Rußland die Frage entschieden werden: Entsteht bei uns eine Verbindung zwischen dem Handels- und Wucherkapital einerseits und dem Industriekapital andererseits? Führt der Handel und der Wucher, die die alte Produktionsweise zersetzen, zu deren Ersetzung durch eine kapitalistische oder andere Produktionsweise? Diese Frage ist eine T a t s a c h e n f r a g e, eine Frage, die in bezug auf alle Seiten der russischen Volkswirtschaft beantwortet werden muß.“ (Lenin, Band 3, Seite 139.)

Bei beiden Rückzügen mußten die Hauptmethoden der wirtschaftlichen Arbeit unter der Nep aufgefunden, die charakteristischen Methoden des Zusammenwirkens und des Kampfes sozialistischer und kapitalistischer Elemente festgestellt werden. Nachdem sie nun eine mehr oder minder bestimmte Form angenommen haben, konnte dem Rückzug Einhalt getan werden, und es konnte die Frage der Notwendigkeit einer Neugruppierung der Kräfte für den Uebergang zur Offensive aufgerollt werden. So und nicht anders wurde diese Frage von Lenin im März 1922 auf dem 11. Parteitag der KPR behandelt. Er führte aus, die Organisation gemischter Gesellschaften beweise, daß es gelungen sei, wenn auch in kleinem Maßstabe, Methoden eines Zusammenwirkens mit kapitalistischen Elementen festzustellen. Die erste Rekognoszierung sei gelungen, die Perspektiven und die Richtung, in der man sich nach entsprechender Umgruppierung der Kräfte zu bewegen habe, beginnt uns klar zu werden. In bezug auf die bereits feststehenden Methoden des Zusammenwirkens mit kapitalistischen Elementen, eines Zusammenwirkens, das nichts anderes ist als eine andere Form des Klassenkampfes, sagte Lenin:

„Selbstverständlich werden sie uns innerhalb der Gesellschaft noch tüchtig durchbläuen, so durchbläuen, daß wir noch mehrere Jahre daran zu schaffen haben werden. Aber tut nichts! Ich sage nicht, daß es ein Sieg ist, es ist nur eine Rekognoszierung, die uns zeigt, daß wir ein Betätigungsfeld, ein Stück Boden gewonnen haben, und daß wir den Rückzug einstellen können.“

„Die Rekognoszierung hat eine nur verschwindende Anzahl von Verträgen mit den Kapitalisten zulage gefördert. Aber die Verträge sind abgeschlossen. Auf dieser Grundlage müssen wir weiter lernen und handeln. Nach dieser Richtung hin — genug der Nerven, genug des Geschreies und der Aufregung“

„Der Rückzug ist zu Ende. Die Hauptmethoden des Zusammenwirkens mit den Kapitalisten stehen fest. Es gibt Beispiele davon, wenn auch in geringer Anzahl.“ (Lenin, Band 18, Teil II, Seite 36/37.)

Als Lenin den Rückzug einstellte, wies er darauf hin, daß vor der Partei und Arbeiterklasse die Aufgabe der Schaffung des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft, die Aufgabe des sozialistischen Aufbaues steht. Dies bedeutet den U e b e r g a n g v o m R ü c k z u g z u r O f f e n s i v e. Diese sozialistische Aufbauarbeit muß in einer Weise geleistet werden, die es dem proletarischen Staate, der ein gewaltiges Uebergewicht ökonomischer Mittel hat, ermöglicht, die breiten Bauernmassen an ihrem p r i v a t e n I n t e r e s s e zu packen und den Weg zum Sozialismus zu führen. Die wichtigste

Aufgabe der sozialistischen Aufbauarbeit ist nunmehr die Hineinziehung der Mittelbauernmassen in die sozialistische Aufbauarbeit.

Die Opposition von 1925, in der Person der Genossen Sinowjew und Kamenew, hat diese Grundlagen der Leninschen Nep-Theorie nicht begriffen. Sie hat gemerkt, daß die Differenzierung der Bauernschaft in beschleunigtem Tempo sich vollzieht und hat sich daraufhin eingebildet, daß es auf dem Lande zu einer einfachen Wiederherstellung des Kapitalismus kommen soll. Der genossenschaftliche Plan des Bündnisses der Mittel- und Kleinbauernschaft mit der sozialistischen Industrie ist ihnen unverständlich. Zu Beginn der Nep hielt Lenin die Genossenschaft für eine Form des Staatskapitalismus. Er ging dabei von der Annahme aus, daß es notwendig sein werde, bei der Wiederherstellung der Industrie die staatskapitalistischen Methoden in viel breiterem Maße anzuwenden, als es später in Wirklichkeit der Fall gewesen ist. Als es sich herausgestellt hat, daß die Großindustrie aus eigener Kraft wieder in die Höhe kommt, ward es klar, daß das ländliche Genossenschaftswesen nicht einem Bündnis mit dem Staatskapitalismus, sondern mit der sozialistischen Industrie zustrebt. Aus dieser neuen Situation heraus, erklärte Lenin, daß heute das einfache Wachstum der Genossenschaften sich mit dem Wachstum des Sozialismus deckt. Dies bedeutet, daß die Möglichkeit entstanden ist, eine Offensive zu entfalten, den Sozialismus aufzubauen und dabei die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft zu überwinden.

In dem Augenblick, als die Volkswirtschaft des Landes am Wendepunkt angelangt, als die Wiederherstellungsperiode abgeschlossen war, als mit allem Nachdruck betont werden mußte, daß eine Periode der Fundamentlegung der sozialistischen Wirtschaft, eine Zeit der Offensive beginnt, fängt Genosse Sinowjew an zu behaupten, daß die Nep ein Rückzug ist — nichts als Rückzug und wiederum Rückzug. Weder die neue Situation noch die daraus entspringenden neuen Aufgaben hat er sich zu eigen gemacht. Indem Genosse Sinowjew den kapitalistischen Differenzierungsprozeß auf dem Lande überschätzt und es nicht versteht, daß die Hauptmethode des Kampfes gegen das wachsende Kulakentum gegenwärtig die Hinzuziehung der Mittelbauern zur sozialistischen Aufbauarbeit und die Festigung des Bündnisses zwischen Mittelbauern und armen Bauern ist, ist er nicht nur in bezug auf allgemeine Beurteilung der Möglichkeiten des sozialistischen Aufbaues, sondern auch in der Bauernfrage in den Sumpf des Trotzismus hinabgeglitten. Die Bauernschaft ist ihm eine feindliche Masse, die möglichst ausgepumpt werden muß, um das Entwicklungstempo der Industrie zu beschleunigen. In der praktischen Politik der Industrialisierung des Landes haben die Genossen Kamenew und Sinowjew den Weg der trotzkistischen Schwächung des Arbeiter- und Bauernblocks beschritten. Eine Zerrüttung des Arbeiter- und Bauernblocks bedeutet aber eine Schwächung der proletarischen Diktatur. In der gleichen Richtung wirkt aber auch der Versuch, die Partei in ein Sammelsurium von Fraktionen und Gruppierungen zu verwandeln. Auch in der Frage der Rolle der Partei kapitulieren die Genossen Sinowjew und Kamenew in allen Stücken vor dem Trotzismus.

Die wichtigsten Meinungsdivergenzen zwischen der Mehrheit der KP der SU und der vereinigten Opposition sind wesentlich Meinungsverschiedenheiten zwischen Leninismus und Trotzismus. Die Frage Leninismus oder

Trotzkismus wird von der Opposition erneut auf die Tagesordnung gestellt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß alle gesunden Elemente der internationalen kommunistischen Bewegung, nachdem sie sich über den politischen und theoretischen Inhalt der Meinungsverschiedenheiten klar geworden sind, die entschiedene Antwort geben werden: gegen den Trotzkismus, für den Leninismus.

J A B L O N S K I :
R E N E G A T E N D O K U M E N T E — O D E R D E R
K L E I N B Ü R G E R M A C H T G E S C H I C H T E

(Zur „Plattform der Korschgruppe“)

In Nr. 13—14 der „Kommunistischen Politik“, des Käseblättchens der ausgeschlossenen Korsch-Gruppe, hat uns diese ihre Plattform in einem Dokumente beschert, das sich „Erklärung der Linken zur Krise in der KP der SU und in der Komintern“ nennt. Man muß die Lektüre dieses typischen Elaborats der Korsch und Schwarz, trotz seines üblen Renegatenduftes, den breitesten Kreisen unserer Parteimitglieder empfehlen. Dies verdient es wahrlich, bringt dieses Dokument doch in seiner klassischen Unverschämtheit das alles zur Sprache, was die viel vorsichtigeren Maslow-Kumpane nur anzudeuten wagen. Ueberdies darf die Korsch-Gruppe, die n a c h Katz und v o r Ruth Fischer-Maslow aus den Reihen der KPD hinausgeworfen wurde, schon dank diesem ihrem „Ursprung“ (ins Lager der Bourgeoisie!) beanspruchen, als organisatorisches und ideologisches Zentrum der „Ulta-linken“ überhaupt angesehen zu werden. In der Tat, die letzten Veränderungen in der organisatorischen „Kristallisierung“ der Opposition lassen erkennen, daß sie die Korschade als ihr wesentliches Kernstück betrachtet. Es steht außer Zweifel, und die weitere Entwicklung dieser Geschichte wird es beweisen, daß auch die zufällig zustande gekommenen, ehrlichen proletarischen Mitläufer der Urhahns- und Weber-Gruppe, wenn sie durch Ruth Fischers Hebangelkunst mit Korsch organisatorisch zusammengekoppelt und an die Bourgeoisie verkuppelt werden, nicht so tanzen werden, wie Korsch es ihnen vorpfeift.

Lenin lehrt uns, daß jede Wendung der Geschichte gewisse Aenderungen in der Form der kleinbürgerlichen Schwankungen hervorruft. In welchen tollen Verzerrungen die ideologische Fratze des schwankenden Kleinbürgers sich jetzt offenbart, wo das revolutionäre Proletariat zu einer neuen entscheidenden Kräftesammlung und zu einem einheitlichen Vorstoß zur Abwehr der Kapitalisten-Offensive rüstet, das zeigt uns Korsch in unübertroffener Renegatenmanier in seinen verschiedenen Posituren, die seine Plattform bietet.

Korsch entdeckt „ursprünglichen“ Klassenkampf

Wie es sich geziemt, will Korsch uns nicht von vornherein überraschen und seinen Geist in vollem Glanze sofort erstrahlen lassen. Er entdeckt uns

am Anfang daher bloß, daß die „Vorgänge in Rußland“, das Auftreten der linken Opposition Erscheinungen der sich immer schärfer zuspitzenden Klassendifferenzen und des durch nichts überbrückbaren, ursprünglich vom Proletariat geführten Klassenkampfes sind.

Man sieht, Korsch gibt uns sofort am Anfang eine fabelhafte Weisheit zum Besten. Um aber sofort anzudeuten, daß er auch mehr kann, als er zeigt, und daß er mehr meint, als er sagt, gibt er uns sofort ein Rätsel auf, in dem er den „durch nichts überbrückbaren Klassenkampf“ des Proletariats in Sowjetrußland mit dem Wörtchen „ursprünglich“ versieht. Wie sehr wir uns auch den Kopf zerbrechen werden, wir werden das Rätsel nicht lösen, bis es uns Korsch sagt. Wir werden selbst nicht herausfinden, daß Korsch mit dem geheimnisvollen Wörtchen „ursprünglich“ eigentlich bloß die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion mit einem Federstrich aufhebt, daß er damit bloß sagen will, daß der Klassenkampf des Proletariats als der herrschenden Klasse Sowjetrußlands, die die Diktatur als Waffe benützt, keine neuen Formen und Aufgaben angenommen hat, sondern „ursprünglich“ geblieben ist. Freilich, all das offen herauszusagen darf Korsch nicht, um sich nicht sofort das Konzept bei jedem ehrlichen revolutionären Arbeiter zu verderben, und er stellt das deshalb auf einem Umwege an.

Korsch „liquidiert“ die Oktoberrevolution

Die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, also der proletarische Charakter der Oktober-Revolution sowie die Weltrevolution überhaupt werden von Korsch in folgender wissenschaftlicher Methode ad acta gelegt: „War 1917 in Sowjetrußland die von allen revolutionären Führern des Proletariats stets verkündete Möglichkeit gegeben, die proletarische Revolution durchzuführen und mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen, so zeigt sich mit der vorübergehenden Zurückwerfung des internationalen Proletariats immer deutlicher der radikal-bürgerliche Charakter der — im Umkreise der kapitalistischen Weltwirtschaft alleingeblienen russischen Revolution“. Also erst jetzt sehen wir deutlich, weshalb Korsch so geheimnisvoll den Klassenkampf der Sowjetunion „ursprünglich“ genannt hat, weshalb er in seinem ganzen Renegatenbekenntnis nicht ein einzigesmal von der Diktatur des Proletariats der Sowjetunion spricht, weshalb er mit der Diktatur als einer ganzen geschichtlichen Uebergangsperiode gleichzeitig auch die besonderen Formen und Aufgaben totschweigt, die dem Proletariat der USSR, nicht „ursprünglich“ zwar, aber auf Grund seiner Diktatur erwachsen: Die Aufgaben der Niederhaltung der eigenen Bourgeoisie, der Abwehr der Offensive der ausländischen Bourgeoisie, der Leitung und der Erziehung aller Werktätigen, namentlich der bäuerlichen Massen mit dem Ziele des Aufbaues des Sozialismus. Für all das hat Korsch freilich keine Zeit, er muß sich beeilen, den proletarischen Charakter der Oktober-Revolution zu annullieren, um rasch zu der kapitalistischen Entwicklung der Sowjetunion zu kommen.

Korsch sagt „zuerst Staatskapitalismus“, dann „Kapitalismus“

Nachdem Korsch die Oktoberrevolution „erledigt“ hat, geht er dazu über, der Sowjetunion und dem sowjetrussischen Proletariat ihre Zukunft und den Weg ihrer weiteren Entwicklung aufzuzeigen. Er verfährt dabei kon-

sequenter als alle die „Linken“, die sich bloß mit dem Staatskapitalismus begnügen und es fürchten, die menschewistische Prognose der ungehemmten kapitalistischen Entwicklung der Union der SSR voll und ganz anzunehmen. In dieser Hinsicht macht Korsch aus seinem Herzen keine Mördergrube . . .

„ Mit der Nationalisierung des Grund und Bodens und der Großindustrie war nach der durch das verlangsamte Tempo der Weltrevolution gegebenen Unmöglichkeit des Aufbaues des Sozialismus — zumal mit der Wiedereinführung der kapitalistischen Produktionsweise in der Produktion und im Austausch — die beste Möglichkeit gegeben, nicht für den Aufbau des Sozialismus, sondern für die schnelle und gründliche Entwicklung des Kapitalismus in Sowjetrußland.“

Die Töne sind uns bekannt. Registrieren wir aber noch einmal, um es jedem Arbeiter deutlich zu zeigen, wohin die Reise geht: erstens, Korsch spricht von dem bürgerlichen Charakter der russischen Revolution, „liquidiert“ also, ebenso wie es die russischen und deutschen Menschewiki tun, den proletarischen Oktober. Zweitens: der staatskapitalistische Charakter der nationalisierten Großindustrie ist für ihn bloß eine Vorstufe für die ungehemmte privatkapitalistische Entwicklung („Nationalisierung der Großindustrie“, Wiedereinführung der kapitalistischen Produktionsweise“, „schnelle und gründliche Entwicklung des Kapitalismus“).

Daß die Sowjetunion unbedingt den qualvollen Weg der kapitalistischen Entwicklung bis zu Ende gehen muß, daß sie diesen bitteren Kelch bis zur Neige austrinken soll, dafür will Korsch aber nicht allein die Verantwortung übernehmen. Er ruft daher Marx und Lenin als Kronzeugen an, er zitiert mit gelassener Miene, was Marx über die unerbittlichen Gesetze der kapitalistischen Entwicklung in Rußland (freilich in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts), und was Lenin über die „zweite russische Revolution“ gesagt hat. Korsch ist mit allen Salben gesalbt und weiß die „kommunistischen Volkstümler“, die „bäuerlichen Sozialisten“ in die Enge zu treiben.

Korsch stellt die KP der SU vor „fast unslösbare Aufgaben“

Man sollte glauben, daß Korsch in Anbetracht des bisher Geleisteten auf seinen Lorbeeren ausruhen könnte. Weit gefehlt. Korsch will nicht nur über das Schicksal der Sowjetunion seine Prognose stellen, er „urteilt“ auch über die KP der SU. Zu diesem Zweck bringt er sie durch ein freilich nicht sehr originelles, vielmehr der Martow-Bauerschen Apotheke entlehntes Rezept in folgende verzwickte Lage: „die Partei des Proletariats, die Kommunistische Partei, die 1917 in Sowjetrußland an die Macht kam, hat in dieser Situation äußerst schwierige und widerspruchsvolle Aufgaben“. Sie hat nämlich „auf der einen Seite“ die kapitalistische Entwicklung zu vollziehen, „auf der andern Seite“ die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu verteidigen, obwohl diese Interessen der kapitalistischen Entwicklung widersprechen.

Korsch hat die KP der SU in eine wirklich tragische Situation gebracht. In echt menschewistischer Manier stempelt er die Bolschewiki zu Sachwaltern der Interessen der kapitalistischen Entwicklung und stempelt ihre Meinung, daß sie die Interessen des Proletariats vertreten, zu einer historischen Illusion:

die Bolschewiken möchten die Interessen aller Werktätigen verteidigen, können es aber nicht!

An diesem Punkte angelangt, könnte Korsch sein Spiel für beendet erklären, mit gutem Recht sein Honorar von der Bourgeoisie einstecken. Aber er geht weiter! Er „stellt“ nicht nur Fragen, sondern „entdeckt“ mit dem Heldentum des echten deutschen Spießers und Privatdozenten „neue Wege“, die die armen Bolschewiki zusammen mit der KP der SU aus der Sackgasse herausführen sollen.

Korsch löst selbst „fast unlösbare Aufgaben“

Bis jetzt trat Korsch gleichsam als ein übergeschichtlicher Geschichtsforscher auf. Nun erst, da es gilt, die russische Revolution und die Weltrevolution zu retten, „unlösbare Aufgaben“ zu lösen, zeigt er sich in seiner ganzen Größe des „proletarischen Führers“. Konnte man bis jetzt vermuten, daß er mit seiner Auffassung der Oktoberrevolution, mit seiner Auffassung der weiteren Entwicklung der Sowjetunion den Menschewiki in nichts nachsteht, daß er den Gipfel des Renegatentums schon erklommen hat, so war man auf dem Holzwege. Korsch vermag auch die eingefleischtesten Veräter in die Tasche zu stecken. Zum Beispiel hält er die folgende Lösung der Widersprüche der KP der SU bereit: „Eine Lösung dieser Widersprüche ist nur möglich, indem die proletarische Partei ihre Aufgabe darin sieht, in diesem Prozeß das Klassenbewußtsein des Proletariats zu stärken, zu klären und zu schärfen und im weiteren Fortschreiten der historischen Bewegung auch in Rußland die proletarische Klasse mit vollem Bewußtsein zur Lösung ihrer revolutionären Klassenaufgaben im Zusammenhange mit der fortschreitenden Weltrevolution vorzubereiten und zu führen.“

Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß niemals das kleinbürgerliche Liquidatorentum eine so durchsichtige ideal-konterrevolutionäre Hülle sich angelegt hat. Das Proletariat der USSR, das die größte Revolution der Welt vollbracht hat, soll also den Aufbau des Sozialismus für unmöglich erklären und sich in das luftige Reich des Korsch'schen Klassenbewußtseins hinüberretten. Und welche Portion von Niederträchtigkeit und Unverschämtheit muß der Renegat besitzen, wenn er die „Hebung des Klassenbewußtseins“ für ein „Resultat erklärt, das für die KP der SU genügt“, um die Macht im Interesse des Kapitalismus zu behalten. Um dieses Resultats willen erklärt Korsch unverfroren, sollen die Bolschewiki „nicht in Schönheit sterben“, das heißt weiter Sachwalter der Interessen einer fremden Klasse, Geschäftsführer des Aufbaus des Kapitalismus in Sowjetrußland sein.

Korsch bricht den Stab über die KP der SU

Weil die KP der SU diesen Weg der „Hebung des Bewußtseins“ nicht gegangen ist, weil sie die Entwicklung der Produktivkräfte für einen sozialistischen Aufbau erklärt hat, erklärt sie Korsch kurz und bündig für veräterisch. An überflüssiger Logik leidet freilich auch in diesem Falle seine Argumentation nicht. Denn obwohl er einige Zeilen früher der KP der SU rät, alle gegenwärtigen Interessen dem Interesse der kommenden proletarischen Revolution rücksichtslos und restlos unterzuordnen, das heißt wohl doch nach dem Korsch'schen Rezept immer stärker den Kapitalismus zu

fördern, um das Klassenbewußtsein zu heben, vergißt er es alsbald und wirft der KP der SU nach bewährtem Muster aller Ultralinken die lieblichsten Komplimente an den Kopf, daß sie nämlich „in der gesamten Staatspolitik und Oekonomie ohne Widerstand immer stärker den kapitalistischen Elementen nachgibt“ usw. usw. Und seine Schimpfkanonade schließt Korsch damit, daß er die KP der SU als eine „Staatspartei“ erklärt, die in Wirklichkeit die Interessen des Kapitalismus und der Bourgeoisie vertritt. Man fühlt, daß Korsch an dieser Stelle, da er von der „Ausartung“ der KP der SU spricht, notwendigerweise, wie die anarchosyndikalistische „Arbeiteropposition“ in Sowjetrußland, wie alle Sozialdemokraten die Legalisierung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre und eine Teilung der Staatsgewalt mit ihnen auf konstitutioneller Grundlage fordern müßte.

Es ist bekannt, daß der aus der KP der SU ausgeschlossene Renegat eben dies getan hat, daß er neben der Legalisierung der konterrevolutionären Menschewiki ein „konstitutionelles“ Zusammenleben mit ihnen gefordert, und daß er zu diesem Zwecke die Notwendigkeit der Spaltung der KP der SU proklamiert.

Was Ossowski im russischen Maßstab macht, das macht Korsch im Weltmaßstab.

*Korsch setzt sich auf den Dreifuß
und proklamiert „Zimmerwald und Zimmerwalder Linke“*

Der nächste Schritt, den Korsch macht, nachdem er die KP der SU in den Grund gebohrt hat, ist, daß er sich mit der Opposition der KP der SU solidarisiert. „Sie hat die Pflicht, die Aufgaben der gesamten KP der SU durchzuführen. . . Sie darf auch vor der aufgezwungenen Spaltung . . . nicht zurückschrecken.“ Nach diesen Sätzen wendet er sich an das Weltproletariat, und hier wird seine Stimme feierlich und verworren zugleich, wie die der „Pythia auf dem Dreifuß“. Gegen die drohende und schon eintretende Auflösung der kommunistischen Weltpartei genügt keinesfalls die Vereinigung der Linkszentristen und Kommunisten in einem neuen Zimmerwald. Gegen die Liquidatoren: Zimmerwald. Für die Erhaltung und Entwicklung des revolutionären Kommunismus und seine marxistische Partei: Zimmerwald und Zimmerwalder Linke.

Damit klingt die Plattform Korsch aus. Wir müssen sagen, daß dieser Schlußakkord etwas den Schleier lüftet und den Nebel des Phrasenschwalls zerteilt.

Deutet Korsch nicht an, daß er einen Kongreß mit dem „marxistischen Zentrum“ (Zimmerwald) will und — bei der ziemlichen Verschwommenheit dieses Begriffs — zur brüderlichen Versöhnung mit Noske und Scheidemann unter der Parole „Zurück von Lenin zu Balabanow“ aufruft?

W. MITZKEWITSCH-KAPSUKAS:
DIE EINKREISUNG DER SOWJETUNION UND
DER LITAUISCH-POLNISCHE KONFLIKT

Es ist gegenwärtig für Niemand mehr ein Geheimnis, daß Pilsudski die Marionette Englands ist und daß der englische Imperialismus, der Pilsudski in den Sattel gehoben hat, dabei vor allem beabsichtigte, ihn gegen die Sowjetunion auszuspielen. Die zentrale Aufgabe des englischen Imperialismus in bezug auf das ganze baltische Randgebiet besteht gegenwärtig in dem Zusammenschluß aller baltischen Randstaaten gegen die Sowjetunion, in der Bildung eines baltischen Randstaatenbundes unter der Führung Polens. England bedient sich dabei Pilsudskis als williges Werkzeug zur Erreichung dieses Zieles. Eine ganze Reihe von Schritten seitens der Regierung Pilsudski beweist das einwandfrei. Unter anderem gehört hierher die Reise des Vertreters des Außenministeriums Janikowski nach Lettland und Estland; weiter gehört hierher eine ganze Reihe von Schritten seitens Estlands und Lettlands, angefangen von der Julikonferenz in Reval und endigend mit der im Juli unternommenen militärischen Demonstration Pilsudskis an der litauischen Grenze. Schließlich gehört hierher die Reise des lettischen Außenministers Ulmanis nach Litauen, die Litauen einem Abkommen mit Polen geneigt machen sollte. Alle diese Schritte stellen nichts anderes dar als die einzelnen Glieder einer zusammenhängenden Kette, die die baltischen Randstaaten mit den gegen die Sowjetunion gerichteten politischen Absichten Englands verbindet.

Estland, das sich mit Hilfe Englands von der überaus schweren, in den Dezembraufstand 1924 umgeschlagenen wirtschaftlichen Krise etwas erholt hat, ist bereit, in den Bund der baltischen Randstaaten einzutreten, um sich auf diese Weise vor dem so sehr gefürchteten Bolschewismus zu retten. Lettland und seine jetzige Regierung, an deren Spitze die sogenannte Bauernpartei steht, hat seine Sympathien Polen gegenüber unzweideutig ausgesprochen und kann sich überhaupt einen Bund der polnischen Randstaaten nur unter einer Beteiligung Polens denken. Das Haupthindernis, das der Bildung eines solchen Bundes entgegensteht, ist Litauen. Litauen betrachtet Wilna als seine Hauptstadt und hat, infolge der Eroberung dieser Stadt durch Polen, bis jetzt keine normalen Beziehungen zu Polen unterhalten. Kommt ein Bund der baltischen Randstaaten aber ohne die Beteiligung Litauens zustande, so bedeutet das eine mächtige Bresche, die den ganzen Bund empfindlich zu schädigen vermag. Das ist der Grund, warum seitens Englands wie auch seitens seiner kleinen Trabanten fortwährend bald diese bald jene Schritte unternommen werden, um die feindselige Haltung Litauens gegen Polen aus der Welt zu schaffen. Bis jetzt ist das aber nicht gelungen.

Die Dinge liege so, daß dem litauisch-polnischen Konflikt tiefgehende soziale Ursachen zu Grunde liegen. Der Ursprung dieses Konfliktes führt zurück bis auf die Entstehung der litauischen Nationalbewegung. Es handelte sich dabei um einen Konflikt zwischen dem aufsteigenden litauischen Klein-

bürgertum und der litauischen Bauernschaft, einerseits und den polnischen „Pans“, den Gutsbesitzern, andererseits. Das eigentliche Wesen des litauisch-polnischen Konfliktes beruht auch gegenwärtig zum Teil auf dieser Grundlage der Klassengegensätze. Da die Gutsbesitzer in Litauen fast ausschließlich Polen waren, fiel es den litauischen Nationalisten sehr leicht, den Nationalhaß gegen sie zu entfachen. Die Eroberung Wilnas durch die Polen hat die Dinge erst recht zugespitzt. Zwar ist Wilna seiner Bevölkerung nach augenblicklich nicht litauisch, war aber viele Jahrhunderte hindurch unbedingt der wirtschaftliche, politische und kulturelle Mittelpunkt ganz Litauens, der nach wie vor eine große Anziehungskraft auf fast alle Schichten der Bevölkerung des heutigen Litauens ausübte. Andererseits wurde der Keil zwischen Litauen und Polen noch tiefer getrieben durch die Durchführung der Bodenreform in Litauen zu Gunsten der litauischen Bourgeoisie und Großbauern, unter Schädigung der polnischen Gutsbesitzer. Unter dem Druck der Entente sowie der Furcht vor der in Litauen heraufziehenden revolutionären Auseinandersetzung haben die herrschenden Kreise wiederholt versucht, zu einem Abkommen mit Polen zu gelangen, aber dieses Abkommen scheiterte immer wieder unter dem Ansturm der breiten werktätigen Massen Litauens.

Von besonderem Interesse war die Vereitelung des zwischen Litauen und Polen unter Beteiligung des Völkerbundes 1921 zustandegekommenen Abkommens. Das Wesen der seitens des Vertreters des Völkerbundes Huimans aufgestellten und mit der englischen Marionette, Pilsudski, vereinbarten Vorschläge gipfelte in Folgendem: Litauen wird ein unabhängiger Staat, dem der Bezirk Wilna mit den Rechten eines autonomen Bundesstaates des litauischen Staates angeschlossen wird. Litauen nimmt das im Rahmen der, durch den Friedensvertrag mit der Sowjetunion festgesetzten Grenzen befindliche Gebiet ein. Der polnische Korridor wird, mit Ausnahme der Stadt Grodno, die zu Polen kommt, Litauen angeschlossen. Die litauische Regierung verpflichtet sich, mit Polen ein militärisches Schutz- und Trutzbündnis einzugehen, seine auswärtige Politik mit der polnischen Außenpolitik zu koordinieren und zu diesem Zweck eine Beratungsinstanz aus parlamentarischen Delegationen zu bilden, neben dem periodische Konferenzen der Außenminister Litauens und Polens stattzufinden haben; Litauen verpflichtet sich zur freien Ausfuhr seiner Erzeugnisse, zur Gründung eines Wirtschaftsrates sowie zur Einräumung eines freien Transitverkehrs für Polen auf dem Memelfluß (Njemen) über Memel . . .

Auf diese Weise kam ein enges Bündnis zwischen Litauen und Polen heraus, das einer Föderation ähnelte. Seine Notwendigkeit entsprang in der Hauptsache der Furcht vor der Sowjetunion. Die Unabhängigkeit Litauens wurde dabei zu einer bloßen Fiktion. Die litauische Regierung aber, an deren Spitze damals die christlichen Demokraten und die Volksrechtler standen (der jetzige Präsident Litauens, Grinus, war damals Ministerpräsident), nahm diese Vorschläge an. Für die Annahme des Vorschlags Huimans war auch der Führer der Volksrechtler, der jetzige litauische Ministerpräsident, Sljashewitsch. Die ganze Angelegenheit löste jedoch in ganz Litauen eine solche Empörung aus, daß die Regierung letzten Endes genötigt war, die Vorschläge Huimans abzulehnen. Von dem gleichen Mißerfolg waren auch die anderen Versuche der litauischen Regierung, zu einem Abkommen in Polen

zu gelangen, begleitet: die litauischen Spitzen waren unter dem Druck Englands und Frankreichs zu einem Abkommen bereit, die Massen aber vereitelten dieses Abkommen.

Ganz die gleiche Lage besteht in Litauen auch jetzt. Die litauische Regierung weiß ausgezeichnet, daß allein die Sowjetunion als einzige wirkliche Schutzmacht ihrer Souveränität gegenüber den englischen und polnischen Imperialisten in Frage kommt, dennoch zögert sie mit dem Abschluß eines Garantievertrages mit der Sowjetunion, da dieser die Ungnade Englands über Litauen bringt. Die Außenpolitik Litauens schwankt infolgedessen nach wie vor zwischen England und der Sowjetunion. Um deshalb Litauen zu zwingen, sich rascher für ein Abkommen mit Polen zu entscheiden, hat Pilsudski jene militärische Demonstration an der litauischen Grenze veranstaltet, über die die Zeitungen kürzlich so viel geschrieben haben.

Augenblicklich hat das Säbelrasseln an der litauischen Grenze etwas nachgelassen, da Pilsudski hofft, durch Vermittlung Englands, auf dem Wege „friedlicher“ Verhandlungen, das zu erreichen, was bisher keine andere Regierung Polens zu erreichen vermochte. Wir besitzen Nachrichten darüber, daß zwischen Litauen und Polen inoffizielle Verhandlungen schweben. Aber selbst wenn die litauischen Volksrechtler und die sozialdemokratischen Spitzen einem Abkommen mit Polen auf der Grundlage des Huimansschen Entwurfes mit vollster Sympathie gegenüberständen oder wenn die andere Gefühle dieser Art hätten, so kann dennoch dieses Abkommen erneut durch die Volksmassen Litauens vereitelt werden. Die litauischen Volksmassen erblicken in dem Abkommen die praktische Unterwerfung Litauens unter Polen, die Rückkehr der polnischen Gutsbesitzer nach Litauen, die Verstärkung der Reaktion, des nationalen und wirtschaftlichen Drucks sowie die Gefahr neuer militärischer Abenteuer gegen die Sowjetunion usw. Aus diesem Grunde kämpfen die Volksmassen auf das entschiedenste gegen ein Abkommen mit Polen. Bei dieser Lage der Dinge ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß Pilsudski auch jetzt wieder versucht, Litauen durch Waffengewalt zu zwingen, auf ein Abkommen mit Polen einzugehen. Ebenso wie es Pilsudski 1920 gelungen ist, Wilna zu erobern, so kann es sein, daß er 1926 oder 1927 Kowno einnimmt, da er die Einheitsfront gegen die Sowjetunion vom finnischen Meerbusen (und wenn es gelänge, Finnland für diesen Block zu gewinnen — vom Eismeer) bis zum Schwarzen Meere nur herzustellen vermag, wenn er Litauen einsackt.

Die kommunistischen Parteien Litauens und Polens begreifen die restlose Zuspitzung der Lage durchaus. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Litauens hat die Kulissenschiebungen der verschiedenen litauischen Parteien (einschließlich der Sozialdemokraten) mit den polnischen Parteien sowie die geheimen Verhandlungen zwischen der litauischen und polnischen Regierung stets mit großem Erfolg entlarvt. Die Kommunistische Partei Litauens ist stets, wie sie dies auch jetzt tut, energisch gegen ein Bündnis zwischen Litauen und Polen eingetreten. Jetzt, wo wir vor der Gefahr eines bewaffneten Vorstoßes Pilsudskis gegen Litauen stehen, haben die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien Litauens und Polens im August einen gemeinsamen, vom Präsidium des EKKI gebilligten Aufruf herausgegeben, in dem es u. a. heißt:

„Der drohende Krieg zwischen Litauen und Polen darf nicht als ein gewöhnlicher Krieg zwischen bürgerlichen Staaten betrachtet werden, von denen jeder einzeln auf Länderraub ausgeht. In diesem Krieg haben wir es einerseits mit einer der Abteilungen des internationalen Imperialismus zu tun, mit Polen, das sich in einen englischen Vasallenstaat verwandelt hat, und andererseits mit dem kleinen neutralen Litauen, das gegenwärtig, in seinem Bestreben zur Wahrung seiner Unabhängigkeit, zwangsläufig zu einem Hindernis für die polnisch-englischen Pläne wird. Litauen wird in diesem Kriege, falls es Polen Widerstand leistet, um seine Unabhängigkeit gegen die Imperialisten kämpfen; Polen dagegen wird um die Eroberung Litauens, um die Unterjochung des litauischen Volkes kämpfen — zwecks Vorbereitung der Offensive des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion. Eine Niederlage Litauens in diesem Krieg — wird zu einer Stärkung der Imperialisten, und wird ein Schritt weiter sein auf dem Wege zur Verwandlung des gesamten baltischen Randgebietes in eine Kolonie der imperialistischen Staaten.“

„Darum darf man keinesfalls die Lage Litauens vergleichen mit der Lage Belgiens während des imperialistischen Weltkrieges, denn hinter Belgien standen die imperialistischen Großmächte: Frankreich und England.“

Der Aufruf führt aus, daß auch das Proletariat und die Bauernschaft Litauens und Polens diesem Abenteuer Pilsudskis gegenüber nicht neutral bleiben können. Das Proletariat und die Bauernschaft Polens müssen den entschiedensten Kampf gegen den Krieg aufnehmen. Sollte aber der Krieg dennoch Tatsache werden, —

„dann keinen Schuß auf litauische Soldaten, auf litauische Arbeiter und Bauern . . .“, dreht Euere Bajonette um und richtet sie gegen die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer.“

Der Aufruf fordert die Arbeiter und Bauern Litauens auf, den polnischen Eroberern den allerschwersten Widerstand entgegenzusetzen und die Unabhängigkeit Litauens gegen die imperialistischen Räuber zu verteidigen. Gleichzeitig aber fordert sie der Aufruf auf, daran zu denken, „daß die litauische Bourgeoisie und die litauischen reformistischen Parteien unfähig sind, die Unabhängigkeit Litauens wirksam zu verteidigen“.

„ . . . und auch jetzt suchen sämtliche bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien eine gemeinsame Sprache mit Polen, ja, seine Pfaffen bereiten sogar den Umsturz in Litauen zugunsten der konterrevolutionären Kreise und zugunsten Polens vor. Die werktätigen Massen Litauens können nicht eintreten für die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und deren verräterische Politik, und können ihre Hoffnungen zur Verteidigung des Landes nicht auf die kleinbürgerliche Regierung setzen. Die Arbeiter und Bauern sowie die gesamten werktätigen Massen Litauens müssen Versammlungen einberufen und von den Behörden die Genehmigung zur Bewaffnung der Arbeiter und der Dorfarmut fordern und die sofortige Entwaffnung der Faschisten sowie die Auflösung der faschistischen Organisationen verlangen; sie müssen restlose Freiheit für die revolutionären Organisationen des Proletariats und der Bauernschaft fordern und sich bereit halten für den Fall eines polnischen Angriffs, um die Unabhängigkeit Litauens mit bewaffneter Hand zu verteidigen.“

Die Kampagne gegen die Eroberungspolitik Pilsudskis geht auch jetzt in Litauen und Polen weiter. Aber sie wird nicht genügend stark betrieben. Es gilt, diese Kampagne besonders in Polen zu verstärken und sie auf alle baltischen Randstaaten, die für das Bündnis mit der Sowjetunion gewonnen werden sollen, auszudehnen. Es gilt, den Massen auseinanderzusetzen, daß ein Ueberfall Polens auf Litauen sowie die Errichtung eines Bundes der baltischen Randstaaten unter Führung Polens — nur ein weiterer Schritt ist, um das gesamte baltische Randgebiet in eine Kolonie der imperialistischen Staaten zu verwandeln. Die Massen müssen wissen, daß das die Vorbereitung

ist zum Ueberfall auf die Vorhut der proletarischen Revolution — zum Ueberfall auf die Sowjetunion.

Gleichzeitig muß die Kampagne ausgedehnt werden auf den Kampf gegen die von Pilsudski geplante Eroberung Litauens und die damit zusammenhängenden militärischen Pläne des englischen Imperialismus gegenüber der Sowjetunion sowie auf die westeuropäischen Länder, besonders auf England und Frankreich.

SPEKTATOR:

DER BURGFRIEDEN VON DRESDEN UND DIE VÖLKERVERBRÜDERUNG IN GENÈVE

„Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch
hart im Raume stoßen sich die Sachen.“

Schiller.

Zwei „große“ Ereignisse beschäftigen augenblicklich die deutsche „Oeffentlichkeit“: die programmatischen Erklärungen auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industriellen in Dresden und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Auf dieser letzten Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industriellen hat einer ihrer Führer, Silverberg, eine große programmatische Rede gehalten, in der er das Verhältnis der Industriellen zur Republik, zu den Arbeitern, richtiger gesagt, — zu den Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie darlegte. In dieser seiner Rede verkündete Silverberg einen Frontwechsel der Industriellen, ihr Bekenntnis zur Republik sowie den Wunsch des Reichsverbandes der deutschen Industriellen, Hand in Hand mit den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu arbeiten. Und einige Tage darauf wurde die deutsche Republik in Genève in den Völkerbund aufgenommen und als gleichberechtigtes Mitglied des Bundes der Großmächte anerkannt. Briand verkündete dabei feierlich, daß es von jetzt ab keine Kriege mehr geben wird, und daß alle Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland auf friedliche Art und Weise geschlichtet werden. Wie soll sich also der deutsche Michel nicht freuen, wenn er von jetzt ab, ohne Furcht vor Revolutionen oder Kriegen, ruhig schlafen kann? Wie soll nach solchen Siegen der Republik an der inneren und an der äußeren Front der Nationalpatriotismus nicht erneut entbrennen?

Aber die Dinge liegen bei weitem nicht so günstig, wie sich das der deutsche Michel träumen läßt. Immerhin kann man eines mit Bestimmtheit sagen: die Deutschen — sind gelehrige Schüler ihrer amerikanischen Meister und haben von diesen nicht nur gelernt, wie man die Industrie leitet, sondern auch — wie man die Arbeitermassen systematisch zum Narren hält und an der Nase herumführt. Aber trotz alledem bringen sie es noch lange nicht fertig, bei diesem System mit der gleichen Vollendung vorzugehen wie die Amerikaner. Aus der Rede Silverbergs schauen noch unverhüllt genug die Eselsohren hervor, um den wirklichen Charakter jener,

durch diesen deutschen Großindustriellen verkündeten „neuen Aera“ erkennen zu lassen. Er führte aus, daß sich die Industriellen, endlich, nachdem sie sich überzeugt haben, daß es die Republik nicht auf das Privateigentum abgesehen und nachdem die Sozialdemokratie ausregiert hat — zur Anerkennung der Republik herbeilassen, allerdings unter einigen erforderlichen Verfassungsänderungen . . . Um welche Aenderungen es sich dabei handelt, sagte er nicht, da er nicht von vornherein die Katze aus dem Sack lassen will. Dennoch aber dreht sich alles um diese Aenderungen und alles hängt von ihnen ab. Ein solches Bekenntnis zur bestehenden Verfassung unter der Voraussetzung konkreter wesentlicher Aenderungen vermag ein beliebiger Konterrevolutionär abzugeben, da ein kluger Politiker, der sich auf den Boden der Tatsachen stellt, niemals mit ihrer Anerkennung beginnt, ohne sich gleichzeitig für die Notwendigkeit der Umstoßung der bestehenden Tatsachen auszusprechen. Genau so handelt im Grunde genommen auch Silverberg, und wenn die liberale Presse aus seinen Worten ein Bekenntnis zur Republik herauslesen will, so tut sie das nur in Anlehnung an eine alte Gewöhnung, der zufolge sie sich auch bemühte, den Worten der deutschen Monarchen eine liberale Politik beizulegen, zu einer Zeit, als jene tatsächlich eine reaktionäre Politik betrieben. Einzig und allein das „Berliner Tageblatt“ bemerkt in seiner Ausgabe vom 6. September, daß die Republik, die sich die Industriellen wünschen, große Aehnlichkeit mit jener hat, die von Großherzögen angeführt wird. Allerdings wollen die Industriellen im gegebenen Fall in der Rolle des Großherzogs niemand anders haben als ihren Reichsverband; es ist das also eine ziemlich merkwürdige Republik. Von der Demokratie war, wie in diesem Blatt durchaus richtig vermerkt wird, auf dieser Tagung keine Rede. Im Gegenteil, aus dieser Rede geht eine höchst verächtliche Haltung gegen das demokratische Prinzip hervor, bei dem doch nur die Kraft der Biceps und die Leistungskraft des Stimmbands den Ausschlag geben. Der Reichsverband will eine „Republik“, in der die Industriellen die Führung besitzen. Das ist in der Tat das republikanische Ideal der deutschen Bourgeoisie. Und nicht besser ist es um ihre sozialen Bestrebungen bestellt. In dieser Beziehung muß man Silverberg Gerechtigkeit widerfahren lassen, da er mit unverblümter Offenheit aussprach, daß die Industriellen die heutigen Gewerkschaftsführer gegen die Arbeiter in Schutz zu nehmen haben. Er erklärte wortwörtlich (ich zitiere aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 5. September), daß „die Unternehmer einen Fehler begangen haben, als sie sich zu spät entschlossen, die heutigen Gewerkschaftsverbände als die Vertretung der Arbeiter anzuerkennen — und die Gewerkschaftsführer gegen ihre eigenen Freunde in Schutz zu nehmen“. Buchstäblich wird denn auch gesagt: die Gewerkschaftsführer in Schutz zu nehmen . . . An einer anderen Stelle verbeugt er sich vor den alten Gewerkschaftsführern und erinnert dabei an Legien, der sich große Verdienste dadurch erworben habe, daß er die revolutionäre Bewegung der Arbeiter- und Soldatendeputierten „in ein geordnetes Staatswesen“ überleitete. Mit anderen Worten, die Industriellen erkennen offen an, daß die Leiter der Gewerkschaften den Kampf der Industriellen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung unterstützt haben. Silverberg anerkennt somit nicht die Gewerkschaftsbewegung, sondern ihre heutigen Führer, die gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung

kämpfen. Er spricht dann weiter von der Notwendigkeit der Heranziehung der Sozialdemokraten zu den Regierungsgeschäften und betont, daß das nur in dem Falle möglich ist, wenn die Sozialdemokratie dem Klassenkampf entsagt, und aus der Opposition zur heutigen Regierung zur Arbeitsgemeinschaft mit den übrigen Klassen übergeht. „Wenn sich die Demokratie — führte er aus — auf den Boden der bestehenden Tatsachen stellt, dem radikalen Doktrinarismus entsagt und die zerstörende und niemals aufbauende Politik der Straße und der Gewalt ablehnt, so vermag sie, zusammen mit den Unternehmern und unter deren Führung, Deutschland und die deutsche Wirtschaft zu neuen Erfolgen und neuer Blüte zu bringen“. „Die Arbeitsgemeinschaft“ unter der Führung des „Reichsverbandes der Deutschen Industriellen“ — das ist die bezahlte Reaktion und die Besoldung der schlimmsten Feinde der Arbeiterbewegung!

Es ist nunmehr 20 Jahre her, seit die deutsche Sozialdemokratie unter der Führung Bebels, ebenfalls in Dresden, den Opportunisten den Kampf angesagt und den Klassencharakter ihres Programms aufs schärfste unterstrichen hat. Und was ist nun nach 20 Jahren davon unter den deutschen Sozialdemokraten noch geblieben? Sie stehen bereit zu einem Bündnis mit der deutschen Schwerindustrie! Ja, vieles hat sich in dieser Zeit geändert . . . Die Opportunisten haben den Sieg davongetragen und das Ergebnis ist, daß sich die Industriellen erlauben dürfen, ihre Hegemonie über das Land und besonders — über die Arbeiterklasse offen zu verkünden. Aber es ist selbstverständlich, daß sie dabei die Rechnung ohne den Wirt machen. Die eigentlichen Herren des Landes sind trotz alledem nicht die Industriellen und nicht die augenblicklichen Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, sondern jene Arbeitermassen, denen gegenüber die Industriellen — Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführer zum Abrücken auffordern; die Herrschaft gehört trotz alledem jener Straße, von der Silverberg mit solcher Verachtung spricht.

Daß Silverberg mit einer solchen programmatischen Rede hervortrat, ist in gewissem Sinne bezeichnend. Deutschland steht am Vorabend schwerster sozialer Erschütterungen. Ueber zwei Millionen Arbeiter liegen auf der Straße, während viele Tausende noch das gleiche Schicksal erwartet. Es ist also durchaus natürlich, daß der revolutionäre Kampfgeist in den Arbeitermassen eine Neubelebung erfahren muß. Die Unternehmer fühlen das und bemühen sich, einen Strich zu ziehen zwischen der noch im Betrieb stehenden organisierten Arbeiteraristokratie und jenem Teil der Arbeiterklasse, der bereits auf dem Pflaster liegt oder doch das gleiche Schicksal von Tag zu Tag erwartet: „Divide et impera“ — Teile und Herrsche! Da die Industriellen nicht imstande sind, diesen Teil der Arbeiterklasse durch eine Erhöhung des Arbeitslohnes oder durch andere hingeworfene Brocken zu bestechen, so versuchen sie, durch heuchlerische Friedensfanfaren an sie heranzukommen und mit der Angst vor der revolutionären Bewegung, die auch einige der heutigen Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ebenso auszeichnet wie die Unternehmer, Geschäfte zu machen. Charakteristisch ist, daß sie dabei keinerlei wirkliche Konzessionen machen. Mehr noch. Silverberg und andere, die auf dieser Tagung auftraten, haben sich kategorisch gegen die staatlichen Soziallasten ausgesprochen, was somit nichts anderes bedeutet als einen Abbau oder sogar eine Einstellung der Arbeitslosenunter-

stützung. Sie fordern weiter eine Vereinfachung des Staatsapparates, d. h. einen Abbau der Anzahl der Staatsbeamten und gleichzeitig damit — eine Beschneidung des staatlichen Einflusses auf die Volkswirtschaft und die Sozialpolitik. Die Industriellen stellen die Parole der „Rationalisierung des Staates“ auf, d. h. den faktischen Abbau der Staatsbeamten. Die Industriellen erklären: „Der Staat — das sind wir“, wir wollen ihn nach unserem Ebenbilde umgestalten. Ebenso, wie sie ihre Industrie „rationalisierten“, d. h. die Anzahl der Arbeiter und Angestellten abbauten und die Ausbeutung der Arbeit aufs Aeußerste verschärften, so soll auch der Staat die Verwaltung „rationalisieren“, die Zahl seiner Beamten abbauen und den unterstützungsbedürftigen Volksmassen die Unterstützung verweigern. Wenn die Industriellen seinerzeit die Errichtung einer starken Staatsgewalt forderten, so sind sie heute bereits derart erstarrt, daß sie es für möglich halten, unmittelbar mit den Arbeitern oder wenigstens mit deren technischen Führern ein Abkommen anzubahnen und die Staatsgewalt dabei zu ignorieren oder doch ihren Einfluß möglichst auszuschalten. Darin gipfelt letzten Endes der „Sieg“ der deutschen Republik an der inneren Front.

Nicht größer aber sind die Erfolge, deren sie sich an der äußeren Front zu rühmen vermag. Aus Anlaß des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wurden viele schöne Reden gehalten. Stresemann — im Namen Deutschlands, und Briand — im Namen Frankreichs, haben gegenseitig Komplimente ausgetauscht. Wenn man diese Reden aber mit einander vergleicht, so ist es überaus charakteristisch, daß Stresemann daran erinnerte, daß allein Deutschland entwaffnet ist, während alle übrigen Länder bis jetzt noch nicht an die Abrüstung gedacht haben. Briand dagegen sprach kein Wort von der Abrüstung, sondern davon, daß zwischen Deutschland und Frankreich von jetzt ab Frieden herrschen werde. Natürlich wäre es den Deutschen vor dem Weltkrieg recht gewesen, wenn sie mit Frankreich den Frieden aufrecht zu erhalten vermocht hätten, da Elsaß-Lothringen damals in ihren Händen war. Jetzt aber, wo Frankreich faktisch in Europa vorherrscht, ist die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lage für Frankreich vorteilhaft, und darum strebt es tatsächlich nach einer Aufrechterhaltung des Friedens mit Deutschland, etwa auf die gleiche Weise, wie die deutschen Industriellen, die ihre Arbeiter versklaven und sich unterwerfen, mit ihnen in „Frieden“ leben wollen. Wir haben aber bereits einmal ausgeführt, daß das zwischen Deutschland und Frankreich zustandegekommene Handelsabkommen sowie die Errichtung eines allgemeinen Eisensyndikats noch keineswegs die durch den Krieg geschaffenen grundlegenden Gegensätze beseitigen. Selbst wenn Deutschland auf eine Rückgabe Elsaß-Lothringens verzichten sollte, so wird es doch niemals auf das Saargebiet oder auf eine Aenderung seiner Grenzen im Osten usw. verzichten. Der wirkliche Sinn dieser Reden ist denn auch ein ganz anderer: Deutschland, das, wie auf der Tagung der Industriellen in Dresden erklärt wurde, mit einer Milliarde Dollar an das Ausland verschuldet ist, braucht weitere Kredite. Noch größeren Bedarf an Krediten hat Frankreich, das um jeden Preis seine Währung stabilisieren muß. Es besteht darum nicht der geringste Zweifel, daß diese Reden über den Frieden und die Einstellung aller Kriege ausschließlich zu dem Zweck gehalten wurden, um für Frankreich und Deutschland — in Amerika und anderen Ländern den Boden für neue Anleihen

vorzubereiten. Dabei gilt es, noch im Auge zu behalten, daß Frankreich bis an den Hals in Syrien und Marokko steckt und auf dem europäischen Kontinent unbedingt eine gewisse Atempause braucht, um seine Geschäfte in Asien ins Reine bringen zu können. Deutschland aber hofft durch den Beitritt zum Völkerbund seine frühere Stellung unter den Weltmächten wieder aufzurichten. Deutschland hofft aus den sich zuspitzenden Gegensätzen zwischen Frankreich und England Kapital schlagen und, als Zünglein an der Wage, ausgleichend in die internationale Politik eingreifen zu können.

Wie dem aber auch sei, es steht jedenfalls außer Zweifel, daß Europa politisch in eine gewisse Periode der Konsolidierung eintritt, und daß die letzten Genfer Ereignisse als der Abschluß eines Friedens zwischen Deutschland und Frankreich betrachtet werden müssen, da der Versailler Vertrag faktisch kein Frieden, sondern nur die Fortsetzung des Krieges war. Da aber die imperialistischen Räuber niemals einen Frieden schließen, ohne dabei irgend eine neue Teilung der Beute im Auge zu haben, so ist es ebenso klar, daß dieser Frieden auf Kosten irgendwelcher anderen Völker und, in erster Linie und trotz des Vertragsschlusses mit Rußland, zweifellos auf Kosten unserer Union und wahrscheinlich auch auf Kosten Chinas geschlossen wurde. Es ist überaus wahrscheinlich, daß die Mächte in Genf ein Abkommen erreicht haben durch Bildung einer gemeinsamen Front sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen China. Man darf nicht vergessen, daß Stresemann faktisch im Namen der seine Politik unterstützenden deutschen Schwerindustrie gesprochen hat, während Briand sich auf den Eisen- und Stahltrust in Frankreich stützt, und daß beide gegenwärtig nichts anderes darstellen als hungrige Wölfe, die nur mit dem Gedanken umgehen, auf den neuen Märkten, die sie schon im vornhinein untereinander aufgeteilt haben, neue Beute zu machen. Ein formeller Friede ohne reale Unterlagen hat für sie absolut keinen Wert. In dieser Frage äußert sich erneut die ganze Tiefe des Sturzes der deutschen Sozialdemokratie, die noch auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß für den revolutionären Kampf gegen die Kriege stimmte, während sie genau 20 Jahre später in dem Zusammenschluß der imperialistischen Räuber die Garantie des Friedens erblickt und den Anschluß Deutschlands an diese Räuber zwecks Neuaufteilung der Welt begrüßt.

G. DIMITROW: DER KAMPF UM DIE GEWERKSCHAFTSEINHEIT IN BULGARIEN

I.

Die Geschehnisse der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung waren durch ein unlösliches Band mit den Geschehnissen der Sozialdemokratischen Partei verknüpft. Der in ihren Reihen entbrannte heftige Kampf zwischen zwei Richtungen, der revolutionär-sozialistischen (Enge Sozialisten) und der menschevistischen (Breite Sozialisten), der schließlich zur Bildung zweier sozialistischer Parteien führte, machte auch eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung unvermeidlich, zu der es auch im Jahre 1904, ein Jahr nach der Spaltung der Partei, kam.

Während der ganzen Zeit der Spaltung der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung haben die von der Kommunistischen Partei geführten Klassengewerkschaften, trotz ihres in den letzten Jahren erreichten numerischen Uebergewichts (35 000 Mitglieder gegen 1000 bis 1500 Mitglieder der menschevistischen Gewerkschaften zur Zeit des Staatsstreiches von 1923), niemals aufgehört, an der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit zu arbeiten. Sie waren der Auffassung, daß, wie gering die Mitgliederzahl der menschevistischen Gewerkschaften auch sein mag, deren gesonderte Existenz dem einheitlichen Kampf des Proletariats schadet und nur den Arbeiterfeinden nützt.

Nach der Zertrümmerung der Kommunistischen Partei durch die Zankow-Regierung (mit Beteiligung des menschevistischen Ministers Kasasows und mit moralischer und politischer Unterstützung der menschevistischen Partei), haben die Menschewisten eine Kampagne eingeleitet, in der sie zur Auflösung der Klassengewerkschaften aufhetzten. Sie hofften, daß die Arbeitermassen, ihrer Gewerkschaftsorganisationen beraubt, unter dem Druck des Terrors, den menschevistischen Gewerkschaften beitreten, sich unter die Fahne der menschevistischen Partei stellen würden. Daher beteiligten sich die Menschewisten aktiv an der Zertrümmerung der kommunistischen Gewerkschaften. Sie wurden in ihren Erwartungen jedoch enttäuscht: Die Massen wandten sich nicht den Menschewisten zu, sondern im Gegenteil, ihr Haß gegen die konterrevolutionäre menschevistische Partei und gegen die Amsterdamer Internationale, von der die Menschewisten in ihrer verräterischen und spalterischen Politik unterstützt wurden, nahm noch mehr zu.

Die Mitglieder der aufgelösten Gewerkschaften benutzten die erste sich ihnen bietende Möglichkeit, um neue Klassengewerkschaften zu gründen. So entstanden die Unabhängigen Gewerkschaften und bereits nach wenigen Monaten, trotz aller Hindernisse und Verfolgungen durch die terroristischen Behörden, betrug ihre Mitgliederzahl fast das Fünffache im Vergleich mit den volle Freiheit genießenden menschevistischen Organisationen. Sofort nach ihrer Entstehung entfalteten die Unabhängigen Gewerkschaften eine

Kampagne für gewerkschaftliche Einheit und richteten an die menschewistischen Gewerkschaften sowie an die autonomen Verbände der staatlichen Angestellten den Vorschlag, auf Grund der Gleichberechtigung der beteiligten Organisationen und auf dem Boden des Klassenkampfes die gewerkschaftliche Einigung herbeizuführen. Angesichts der äußersten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse und des nach Auflösung der kommunistischen Gewerkschaften einsetzenden wütenden Ansturms des Kapitals, wurde diese Initiative zugunsten der gewerkschaftlichen Einheit von den Massen aufs freudigste begrüßt. Noch niemals hat der Gedanke der gewerkschaftlichen Einheit dem Herzen des bulgarischen Proletariats so nahe gelegen, noch niemals hat er sich einer so großen Beliebtheit erfreut, noch niemals ist er in den proletarischen Reihen so lebendig gewesen. Sein Einfluß ist auch in die Reihen der menschewistischen Gewerkschaften und der autonomen Gewerkschaftsorganisationen gedrungen. Die Leiter der menschewistischen Gewerkschaften lehnten jedoch die ihnen angetragene Vereinigung ab. Unter Benutzung der durch das terroristische Regime geschaffenen, ihnen günstigen Situation, erklärten sie: wer die Vereinigung will, mag unseren „Freien“ Gewerkschaften beitreten, die „vermittels der großen Amsterdamer Internationale eine innige Verbindung mit den Millionen des internationalen Proletariats aufrecht erhalten“. Die menschewistischen Gewerkschaftsspitzen fühlten aber, daß ihr Standpunkt, angesichts der aufrichtig nach Gewerkschaftseinheit strebenden Arbeitermassen, keiner ernsthaften Kritik standzuhalten vermag. Daher nahmen sie Zuflucht zur Amsterdamer Internationale, um von ihr gegen die anschwellende Einheitsbewegung Hilfe zu erflehen. Die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale kam ihnen durch Einberufung einer gewerkschaftlichen Balkankonferenz entgegen, die im April d. J. in Sofia stattfand. Zweck dieser Amsterdamer Konferenz war, die Arbeiter Bulgariens und anderer Balkanländer zum Anschluß an die menschewistischen Gewerkschaften zu bewegen und die „gewerkschaftliche Einheit“ im Rahmen und unter der Fahne der Amsterdamer Internationale herbeizuführen. Der Antrag der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens und Jugoslawiens sowie der Unitären Gewerkschaften Rumäniens, sie zu dieser Balkankonferenz zuzulassen, da ja die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieser Länder ihren Reihen angehört, sowie der Vorschlag, die Einheitsfrage auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, wurde von der Amsterdamer Internationale abgelehnt, da er mit den spalterischen Absichten der Amsterdamer in Widerspruch stand und ihre Pläne zunichte zu machen drohte.

Dessenungeachtet wurde die Amsterdamer Konferenz durch die breite Kampagne der bulgarischen Unabhängigen Gewerkschaften, die in den Arbeitermassen lebhaften Widerhall geweckt hatte, genötigt, sich mit der Einheitsfrage zu beschäftigen und die menschewistischen Gewerkschaften zu Einigungsverhandlungen mit den Unabhängigen Gewerkschaften und zur Aufgabe ihres bisherigen Standpunktes — des einfachen Uebertritts dieser letzteren in ihre Reihen — zu veranlassen. Die Spaltungspläne der bulgarischen Menschewisten und der Amsterdamer Internationale brachen zusammen. Der von breitesten Arbeitermassen unterstützte Gedanke der Gewerkschaftseinheit erfocht einen ersten Sieg. Obwohl die menschewistische Partei bestrebt war, eine gemeinsame Maifeier der Unabhängigen und

menschewistischen Gewerkschaften zu vereiteln und, als dies mißlungen, sich mit ihrer Hilfe vor den Massen zu rehabilitieren, fand sie doch statt, und diese Tatsache zeigt mit voller Deutlichkeit, daß unter dem Druck der Arbeiter beider gewerkschaftlichen Lager eine konkrete Lösung des Problems der Gewerkschaftseinheit notwendig und unausbleiblich geworden ist. Die Führer der menschewistischen Gewerkschaften sahen sich genötigt, Vereinigungsverhandlungen einzuleiten. Die beginnende Zersetzung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und ihre faktische Spaltung haben ihren Einfluß auf die Arbeiter in den menschewistischen Gewerkschaften bedeutend geschwächt und in noch höherem Maße zur Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheit beigetragen. Die Verhandlungen, die nunmehr begannen und unter dem Druck und der Kontrolle der Arbeitermassen fortgeführt wurden, führten zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Vereinigungsplattform nebst erläuternder Deklaration, die beide in einer tausendköpfigen Arbeiterversammlung von Anhängern beider Richtungen am 21. Juli 1926 in Sofia unter dem Absingen der Internationale einmütig angenommen wurden. Durch diese feierliche Handlung wurde die Vereinigung der gespaltenen und einander seit 20 Jahren heftig befehdenden bulgarischen Gewerkschaften proklamiert.

Die wesentlichen Punkte der Vereinigungsplattform und Deklaration sind folgende:

1. Die vereinigten Gewerkschaften sind organisatorisch unabhängig von jeder politischen Partei. Jedoch anerkennen sie die Notwendigkeit der politischen Organisation des Proletariats und stehen auf dem Boden des Klassenkampfes.
2. Die vereinigten Gewerkschaften betrachten die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse auf dem Wege des Klassenkampfes und die Aufhebung der Lohnknechtschaft der Arbeiter als ihre Hauptaufgabe.
3. Bis zum Vereinigungskongreß, der im Laufe der nächsten 6 Monate stattzufinden hat, bestehen die leitenden Organe der vereinigten Gewerkschaften aus Vertretern beider Lager, und zwar in gleicher Anzahl, ohne Rücksicht auf die Unterschiede der Mitgliederzahl ihrer Organisationen*.
4. Die vereinigten Gewerkschaften werden für die internationale Solidarität der Arbeiter kämpfen und jede Initiative, vor allem die des Anglo-Russischen Komitees, zur Verwirklichung der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung unterstützen. Sie werden eine sie nicht bindende informatorische Fühlung mit der Amsterdamer Internationale aufrechterhalten. Die Frage der internationalen Zugehörigkeit (Anschluß oder Nichtanschluß an die Amsterdamer Internationale) wird von dem zukünftigen Kongreß entschieden.

Kraft dieses Abkommens wird die wichtigste Streitfrage zwischen den menschewistischen und den Unabhängigen Gewerkschaften, die inter-

* Dieser taktische Schritt (Zustimmung zur paritätischen Zusammensetzung der provisorischen Organisationskommission) hat seinen Grund darin, daß die bulgarischen Genossen gerechnet haben, dieses Zugeständnis würde die Sabotage der reformistischen Führer erschweren, sie vor den Massen entlarven und so der Partei die Beeinflussung jenes Teils der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ermöglichen, die bisher noch den Reformisten Gefolgschaft geleistet haben.

nationale Zugehörigkeit, durch ein Kompromiß entschieden. Die menschestischen Gewerkschaften verpflichten sich, aus der Amsterdamer Internationale, der sie angeschlossen sind, auszutreten und das Anglo-Russische Komitee zu unterstützen. Die unabhängigen Gewerkschaften, die formell keiner internationalen Organisation angehören, erklären sich damit einverstanden, daß die Vereinigten Gewerkschaften in informatorischer Verbindung mit der Amsterdamer Internationale stehen.

Man kann nicht umhin, zu gestehen, daß dieses Kompromiß eine gewisse moralische Anerkennung der Amsterdamer Internationale, eine gewisse Versöhnung mit einer Organisation enthält, die eine unaufhörliche Spaltungspolitik treibt und de facto den Klassenkampf ablehnt, der doch die einzige Grundlage einer wirklichen Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist. Um so richtiger ist diese Auffassung, wenn die vorübergehende informatorische Verbindung mit der Amsterdamer Internationale so betrachtet wird, wie es die Amsterdamer und einige liquidatorische Elemente der Unabhängigen Gewerkschaften tun — nämlich als eine Etappe auf dem Weg zum organisatorischen Anschluß der Vereinigten Gewerkschaften an Amsterdam, die auf dem gemeinsamen Kongreß beschlossen werden soll.

Dieses Kompromiß steht in Widerspruch mit dem der proklamierten Einigung zugrunde liegenden Geist. Auch die Massen verstehen das, denn sie fassen die Sache so auf, daß die Einigung nicht auf der reformistischen Amsterdamer Grundlage, sondern auf dem Boden des wirklichen Klassenkampfes gegen den Kapitalismus stattgefunden hat. Trotz dieses Fehlers, der aber in bedeutendem Maße von der Entlarvungskampagne wieder gutgemacht wird, die gegenwärtig gegenüber der verräterischen Spaltungspolitik der Amsterdamer Internationale geführt wird, ist die proklamierte Einigung ein großes Ereignis, ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheit in Bulgarien, ein Sieg des Gedankens der Einheit der Arbeiterklasse gegenüber der Spaltungspolitik der menschestischen Partei und der Amsterdamer Internationale.

II.

Die geschichtliche Bedeutung des Einigungsaktes besteht natürlich nicht darin, daß zu den 5000 Mitgliedern der Unabhängigen Gewerkschaften gegenwärtig weitere 1000 oder 1500 Mitglieder der menschestischen Gewerkschaften hinzugekommen sind, sondern darin, daß damit große Perspektiven für den Massenzusammenschluß des bulgarischen Proletariats zu einheitlichen Klassengewerkschaften, für das Erstarken und die Entwicklung des Kampfes der Massen gegen Kapital und Reaktion, für die mächtige Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bulgarien, die in den letzten Jahren schwere Niederlage erlitten, erschlossen werden.

Die außerordentliche Bedeutung dieses Schrittes auf dem Weg zur Gewerkschaftseinheit wird auch durch das Verhalten der bulgarischen Bourgeoisie und der menschestischen Partei bestätigt. Die Regierungspresse hat der Vereinbarung zwischen den Unabhängigen und menschestischen Gewerkschaften einen feindseligen Empfang bereitet und sieht sie mit Besorgnis an. Die Tatsache, daß nicht der sofortige Anschluß der vereinigten Gewerkschaften an Amsterdam beschlossen ist, wird von ihnen als

Sieg der Unabhängigen Gewerkschaften, als Sieg des Kommunismus, als Sieg Moskaus ausgelegt, und sie fordert die Regierung auf, die Tätigkeit der Gewerkschaften aufmerksam zu überwachen und rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln gegen den Uebergang der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung in revolutionäre Bahnen zu ergreifen. Die oppositionelle bürgerliche Presse drückt Zweifel darüber aus, ob es den Menschewiki mit Hilfe dieser Vereinigung gelingen wird, das kommunistische Proletariat „zähm“ zu machen und nach Amsterdam zu bringen. Die andere Möglichkeit, nämlich, daß die menschewistischen Arbeiter sich schließlich unter die Moskauer Fahne stellen werden, scheint ihr wahrscheinlicher zu sein. Sowohl die Regierung als auch die bürgerliche Opposition ist sich klar darüber, daß es sich um den Zusammenschluß der zersplitterten Kräfte der bulgarischen Arbeiterklasse auf proletarischem Boden, auf dem Boden eines entschlossenen Kampfes gegen Kapitalismus und Reaktion, gegen die bürgerliche Ordnung handelt. In der Einigung erblicken sie mit Recht ein Wiederaufleben ihres erbittert verfolgten, mißhandelten und grausam ausgebluteten Klassenfeindes. Sie verstehen, daß die Einigung jener Weg ist, der zum Wiederaufleben und zur Entwicklung der Freiheitsbewegung der Arbeiterklasse Bulgariens führt.

Besonders unzufrieden ist natürlich die menschewistische Partei. In ihrer Zeitung „Narod“ hat sie eine wütende Kampagne gegen die Vereinigungsplattform eröffnet. Sie erhebt gegen die Leiter der menschewistischen Gewerkschaften die offene Anklage, ihre Zustimmung zum Austritt aus der Amsterdamer Internationale sei eine schmachvolle Kapitulation vor den Kommunisten. Jeder gewerkschaftliche Zusammenschluß außerhalb Amsterdams ist für sie ein Verbrechen. Sie glaubt nicht, daß der Einigungskongreß, bei der gegenwärtigen anti-Amsterdamer Stimmung der breiten Arbeitermassen, den Anschluß an Amsterdam beschließen könne. Nach dieser wütenden Pressekampagne gegen die beschlossene Einigung begann die menschewistische Partei, diese Vereinigung praktisch zu untergraben. Unter Mitwirkung des Sekretärs der menschewistischen Gewerkschaftszentrale, der zur Zeit der Annahme der Vereinigungsplattform außerhalb Bulgariens war, organisierte die menschewistische Partei eine spezielle Konferenz der „freien“ Gewerkschaften zu einer „gesetzlichen“ Beschlußfassung in der Einigungsfrage. Und die Mehrheit der Delegierten dieser Konferenz, Beamte der menschewistischen Genossenschaften „Napred“, deren Delegiertenmandate aus keinerlei Wahlen hervorgegangen sind, hat den Einigungsakt als ungesetzlich erklärt und beantragt, die auch von menschewistischen Gewerkschaften einmütig angenommene Plattform zu revidieren, und zwar in folgender Richtung: a) unverzüglicher Anschluß der vereinigten Gewerkschaften an die Amsterdamer Internationale; b) Einberufung des Einigungskongresses nicht in sechs sondern in zwei Monaten, wobei beide Kontrahenten die gleiche Anzahl von Delegierten zu entsenden haben, (obwohl die Mitgliederzahl der menschewistischen und Unabhängigen Gewerkschaften im Verhältnis von 1 : 5 steht; c) das vom Kongreß zu wählende Zentralkomitee der Gewerkschaften hat aus Vertretern beider Kontrahenten, und zwar in gleicher Anzahl zu bestehen. Der Arbeiterteil der Konferenzteilnehmer, der aus wirklich gewählten Vertretern der menschewistischen Gewerkschaften bestand, protestierte fast vollzählig gegen diesen Konferenzbeschluß und erklärte, daß solche ungeheuerliche Bedingungen die bereits

beschlossene Vereinigung zwischen den Unabhängigen und den „freien“ Gewerkschaften ganz einfach zu nichte machen. Die Arbeiterdelegierten erklärten auch, daß sie, trotz dieses Beschlusses der „Mehrheit“, die eigentlich mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun habe, der angenommenen Einigungsplattform treu bleiben und nicht, der menschewistischen Partei und Amsterdam zu Gefallen, das Scheitern der dem bulgarischen Proletariat so notwendigen Gewerkschaftseinheit ruhig hinnehmen können. „Ohne Amsterdam können wir ganz gut auskommen, ohne Gewerkschaftseinheit können wir aber keinen Schritt machen“ — dies ist ihr Hauptargument.

Die Gegner der Einheit im menschewistischen Lager nutzen ausgiebig die Briefe Sassenbachs (Sekretär der Amsterdamer Internationale) aus, die an die menschewistische Gewerkschaftszentrale gerichtet sind, wo er im Namen Amsterdams seine „Zweifel“ und „Befürchtungen“ anlässlich der proklamierten Einigung ausspricht und indirekt den Rat gibt, sie, als den Prinzipien der Amsterdamer Internationale nicht entsprechend, abzulehnen. Es stellt sich aber heraus, daß die Arbeiter der menschewistischen Gewerkschaften sich von solchen Argumenten nicht mehr beeinflussen lassen. Sie sehen klar, daß die menschewistische Partei und die Amsterdamer Internationale das größte Hindernis für die Gewerkschaftseinheit sind, während die vielgeschmähten Kommunisten ehrlich und ernstlich an der endgültigen Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit arbeiten. Daher sprechen sich die menschewistischen Gewerkschaftsorganisationen in den meisten Städten gegen den Beschluß der „Konferenz“ aus und für die Verwirklichung der Einigungsplattform und für die Einberufung des Einigungskongresses. Der Verband der Typographenarbeiter, der ebenfalls mit dem Konferenzbeschluß nicht einverstanden ist, beruft einen speziellen Verbandstag ein, um seine Stimme für die Einigung zu erheben.

Die Einheitsfront der menschewistischen Partei, der terroristischen Regierung, der Bourgeoisie und der Amsterdamer Internationale gegen die Klasseneinheit des bulgarischen Proletariats trägt zum Erstarken der Einheitsbewegung im bulgarischen Proletariat bei, und es kann nicht bezweifelt werden, daß diese Einheit, wenn auch um den Preis eines schweren und zähen Kampfes, letzten Endes auch hergestellt werden wird.

Die Vorgänge in Bulgarien bestätigen erneut die Richtigkeit des Komintern-Standpunktes in der Frage der Gewerkschaftseinheit und können den in einigen kommunistischen Parteien in Erscheinung tretenden Kapitulations-Tendenzen in bezug auf die Amsterdamer Internationale als Warnung dienen.

A. FJORD: TRANMAEL ENTLARVT SICH

Von den skandinavischen Ländern ist Norwegen gegenwärtig das Land, wo der Klassenkampf am meisten zugespitzt ist. Dies hängt in erster Reihe damit zusammen, daß die Lage des norwegischen Kapitalismus schlimmer ist als die des dänischen oder schwedischen. Weiter aber hat dies seine Ursache in der Tatsache, daß im „demokratischen“ Skandinavien Norwegen das einzige Land ist, wo es den Reformisten der Arbeiterbewegung noch nicht gelungen ist, jedenfalls nicht offiziell, den Bund mit den Kapitalisten zu schließen. In Schweden und Dänemark sind die Sozialdemokraten den Kapitalisten durch die sozialdemokratischen Regierungen zu Hilfe gekommen, um die Lage des Kapitalismus in diesen Ländern zu stabilisieren, den Klassenkampf zu mildern und die Versöhnung der Klassen zustande zu bringen. Wie gesagt, ist es in Norwegen noch nicht so weit gekommen. Aber zur Zeit machen die Amsterdamer Internationale und die II. Internationale wie auch die norwegischen Reformisten gemeinsame Anstrengungen, um die revolutionäre Arbeiterbewegung in Norwegen zu erwürgen. Als konkrete Beispiele der Bemühungen der Amsterdamer und der II. Internationale können wir folgendes anführen: Die Vorbereitungen der Amsterdamer Internationale zur Einberufung einer skandinavisch-baltischen Gewerkschaftskonferenz, mit dem Zweck, die außerhalb dieser Internationale sich befindenden gewerkschaftlichen Organisationen Finnlands, Estlands und vor allem Norwegens in die Amsterdamer Internationale hineinzuführen. Weiter kündigt Friedrich Adler seine baldige Ankunft in Norwegen an, um die „Norwegen eigentümlichen Verhältnisse zu studieren“.

Einen talentvollen Helfershelfer finden die Führer von Amsterdam und der II. Internationale in Martin Tranmael, der an der Spitze der Norwegischen Arbeiterpartei, der größten Arbeiterpartei des Landes, steht.

In der Geschichte der Kommunistischen Internationale ist der Name Tranmaels nicht unbekannt. Als die Norwegische Arbeiterpartei durch den Druck der Massen sich im Jahre 1920 der Komintern angeschlossen hat, ist auch Martin Tranmael in die Reihen der Kommunistischen Internationale gekommen. Bald hat er jedoch begonnen, die Politik der Komintern anzugreifen. Unter der Leitung Tranmaels bildete sich schon sofort nach dem 2. Kongreß der Komintern in der norwegischen Partei eine Opposition, die die Politik der Komintern von „links“ kritisierte. Der Zweck, den Tranmael verfolgte, war, sich aus der Komintern herauszulavieren, ohne die Massen zu verlieren, und auf dem Kongreß der Norwegischen Arbeiterpartei im Herbst 1923 hat Tranmael die Konsequenzen seiner Haltung gezogen. Er hat die Reihen der Komintern schmähdlich verlassen. Die Mehrheit des Kongresses folgte ihm, die Minderheit konstituierte sich als die Sektion der Kommunistischen Internationale in Norwegen. Doch hat er auch dann noch genügend Frechheit gehabt, den norwegischen Arbeitern zu erklären, er und seine Partei würden, obwohl außerhalb der Komintern, die revolutionären

Prinzipien derselben halten. Aber die vergangenen drei Jahre haben klar gezeigt, daß der Weg Tranmaels zu der II. Internationale geht. Durch viele Umwege hat er schon während der ganzen Zeit seinen Anschluß an die II. Internationale vorbereitet.

Nur einige Beispiele zur Beleuchtung des wirklichen Wesens des Tranmaelschen „linken“ Opportunismus, der alles mögliche enthält, — kleinbürgerliche Ideologie, syndikalistischen Scheinrevolutionarismus, sozialdemokratischen Pazifismus, vollkommene Prinzipienlosigkeit, unverantwortliches Manövrierertum, — nur keinen wirklichen Willen zum Kommunismus und zur sozialen Revolution. In allen wichtigen Fragen ist er in der Zeit seines Anschlusses an die Komintern gegen die Linie der Komintern aufgetreten und hat gegen sie gehandelt und sich bald mit diesen, bald mit jenen Opportunisten aus den verschiedensten Lagern liiert. Mit besonderer Energie ist Tranmael zum Beispiel gegen das Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgetreten und hat demgegenüber sein eigenes Prinzip des Selbstbestimmungsrechts aller Parteimitglieder aufgestellt. Weiter hat er die Freiheit der Gruppierungen, wie es auch Levi getan hat, verteidigt. Aber dies nur in Worten. Schon in seiner gegen die Komintern gerichteten Fraktion praktizierte er die strengste Disziplin und jetzt schließt er rücksichtslos aus seiner Partei alle diejenigen Elemente aus, die sich gegen seinen Willen auflehnen. Die Frage der Einheitsfront war ein besonderes Objekt der Angriffe Tranmaels. Dies taten auch Frossard in Frankreich und die Ultralinken in Deutschland. Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung war nach Tranmaels Meinung nicht für Norwegen passend, sie war für Tranmael nicht genügend „revolutionär“ für die Agitation und Erweckung der Massen. Aber gleichzeitig bewahrt er die demokratisch-pazifistischen Illusionen in der Frage des Militarismus, den er mit Hilfe des Militärstreiks überwinden will.

Nach dem Bruch mit der Komintern hat er die schärfste Kampagne gegen die Norwegische Kommunistische Partei und gegen die Komintern wie auch gegen Sowjetrußland geführt, und versucht noch immer, seinen Angriffen den Charakter einer linksradikalen Kritik zu verleihen, die Politik der Komintern und der KPSU als „opportunistisch“ hinzustellen. Er trat uns gegenüber als der patentierte Fürsprecher des echten Kommunismus auf. Im Laufe der Zeit steigerten sich seine Angriffe mehr und mehr. Alle Oppositionen in der Komintern und in der Russischen Kommunistischen Partei haben in ihm ihren treuen Anhänger gefunden. Er solidarisierte sich mit der Trotzki-Opposition, mit der Arbeiteropposition, mit dem Brief von Medwedjew. Mit Leidenschaft verteidigt er alle oppositionellen Erscheinungen, die geeignet sind, die Einheit der revolutionären Arbeiterbewegung und die Kraft der Kommunistischen Parteien zu stören. In seiner Hetze gegen Sowjetrußland ist er soweit gegangen, daß er von der Notwendigkeit einer neuen Revolution in Rußland gesprochen hat. Die Tätigkeit Tranmaels beschränkte sich nicht nur auf Norwegen. Auch auf internationaler Arena hat er die Bemühungen der Renegaten von der Komintern (Balabanowa, Steinberg u. a.) unterstützt. Seine Partei ist aktives Mitglied des von diesen Leuten gegründeten berüchtigten internationalen Mitteilungsbüros. Alle diese Manöver Tranmaels bedeuten aber nicht die Herbeiführung der Ein-

heit, sondern nur den Bau von Brücken zur II. Internationale und die Sabotage und Zersplitterung der Einheitsbestrebungen auf revolutionärer Grundlage.

Unter den norwegischen Arbeitern lebt ein starker traditioneller Drang nach Einheit, und die gegenwärtige schwierige Lage der norwegischen Arbeiterklasse hat diesen Drang noch verstärkt. Um diesem Einheitsdrang entgegenzukommen, hat die KP Norwegens im Herbst vorigen Jahres die Losung der Vereinigung sowohl aller drei politischen Arbeiterparteien als auch der Gewerkschaftsorganisationen zu einer mächtigen Labour-Party ausgegeben. Dieser Losung hat Tranmael, der in einer solchen Sammlung ein wirkliches Mittel zur Revolutionierung der norwegischen Arbeiterbewegung erkannte, mit allen Kräften entgegengearbeitet. Er hat dagegen die Losung der Vereinigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei mit der „Arbeiterpartei“ ausgegeben und das Scheitern der auf Initiative der Leitung des Gewerkschaftsbundes im Frühjahr dieses Jahres geführten Verhandlungen veranlaßt.

Im vergangenen Sommer haben jedoch die norwegischen Arbeiter viel erlebt. Etwa 80 000 Arbeiter sind von langwierigen Arbeitskonflikten berührt worden. Die Lage der Arbeiter und der armen Landbevölkerung hat sich stark verschlimmert. Der Haß gegen die gewerkschaftlichen wie auch gegen die politischen Reformisten wächst unter den breiten Massen. Tranmael ist in Not, der Glanz seines Namens verblaßt, seine Popularität verschwindet, er ist gezwungen, neue Bundesgenossen zu finden. Wo? Unter den Sozialdemokraten, die ihren Reformismus, genau wie er auch, nicht maskieren.

Tranmael hat auf seine Losung der organisatorischen Parteisammlung verzichtet und die Vereinigung seiner Partei mit den norwegischen Sozialdemokraten eingeleitet. In diesen Tagen werden die Verhandlungen auf „freier Grundlage“ zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Tranmael-Partei aufgenommen. Der Weg Tranmaels zur II. Internationale ist klar.

Aber es besteht doch noch ein Hindernis auf diesem Wege, es sind dies die ehrlichen, wirklich revolutionären Arbeiter in der Tranmael-Partei, die von der II. Internationale nichts wissen wollen. Eine oppositionelle Bewegung, zwar noch unklar und unorganisiert, ist im Wachsen in den Reihen der Tranmael-Partei. Um den Boden zu prüfen, hat Tranmael einige hervorragende Mitglieder seiner Partei, den Vorsitzenden der Partei, Torp, und Professor Bull, veranlaßt, sich über den Anschluß an die II. Internationale auszusprechen.

Beide Herren unterstreichen die Tatsache, daß in Wirklichkeit nur ein kleiner Unterschied zwischen den Sammlungsbestrebungen der Norwegischen Arbeiterpartei und der II. Internationale besteht, sie solidarisieren sich mit der österreichischen Sozialdemokratie auf der einen Seite und mit der russischen Schlapnikow-Medwedjew-Opposition auf der anderen Seite und kündigen, um die Arbeiter willfährig zu machen, die nahe Vereinigung der II. und III. Internationale an. Tranmael selbst behauptet noch immer: „Eine Sammlung um die oder in der II. Internationale liegt nicht vor.“ Es ist auch möglich, daß Tranmael unter dem Druck der Massen seine Heirat

mit der II. Internationale noch etwas aufschieben wird. Aber seine gegenwärtigen Manöver zeigen klar, daß dies nur eine Frage der Zeit ist.

Die Evolution Tranmaels zeigt uns unzweideutig ein nicht nur norwegisches, sondern ein internationales Beispiel dafür, wie nahe sich sowohl die linken als auch die rechten Oppositionellen in der Komintern stehen, und daß der Weg der Elemente, die die linke Opposition in der Komintern getrieben haben, in Kürze in den Sumpf des Reformismus und der Sozialdemokratie führt.

Die Erweiterte Exekutive der Komintern erklärte im Frühjahr d. J. in ihrer Resolution zur norwegischen Frage:

„Kämpfe des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive werden unvermeidlich kommen, aber ein großer Teil der Arbeiterschaft sieht das noch nicht ein. Die Rückständigkeit der sozialen Verhältnisse lastet noch schwer auf der Arbeiterklasse. Der Mangel an revolutionären Traditionen macht die Befreiung der Arbeiterschaft von reformistischen Illusionen zu einem langwierigen Prozeß.“

Es ist klar, daß die letzten Erscheinungen in der norwegischen Arbeiterpolitik diesen Prozeß ziemlich stark verkürzen werden. Tranmael hat sich selbst entlarvt. Es ist die Aufgabe der KP Norwegens, diese Tatsache und die sich daraus ergebenden Konsequenzen in das Bewußtsein der norwegischen Arbeiterklasse zu bringen.

ALBERT TREINT: VICTOR CAT, L'INFLATION, SES PROFITEURS, SES VICTIMES*

Unser Genosse Cat hat soeben eine starke Broschüre mit einem Vorwort von Cachin als ersten Teils seines Buchs: *L'Inflation, ses profiteurs, ses victimes*, erscheinen lassen.

Cat stammt aus einer alten guesdistischen Familie. Er brachte in die Kommunistische Internationale die starke guesdistische Tradition mit, in der er erzogen worden war.

Cat ist seinem Meister Guesde bei dem Verrat von 1914 nicht gefolgt. Cat hat sich sofort jener Gruppe angeschlossen, die fast von Anfang an den Kampf gegen den Krieg begonnen hatte, und führte nach dem Waffenstillstand zuerst die *Fédération de la Seine* und dann die gesamte französische Partei der Dritten Internationale zu.

Unsere Partei hat Cat seinem Ingenieurberuf entzogen und hat ihn zum aktiven, intelligenten und ergebenen Sekretär der kommunistischen Parlamentsfraktion und Stadtverordnetenfraktion von Paris gemacht.

*

Das Buch von Cat ist eine zugleich eingehende und konzentrierte Studie über das Phänomen der Inflation in Frankreich. Cat hat die Spekulationsunternehmungen der Kapitalisten mit Hilfe der Inflation unerbittlich ans Licht gezogen. Seine ganze Studie ist von einem klaren Klassenkampfstandpunkt aus durchgeführt, in dem sich die schöne Klarheit des Guesdismus mit der bolschewistischen Geschmeidigkeit vereinigt.

Es lag hier eine Gefahr vor, der Cat zu entgehen verstand.

In Frankreich hat die Inflation die kleinbürgerlichen Massen früher zur Abwehr in Bewegung gesetzt als die besserorganisierte Arbeiterklasse. Die ungeheure Aktivität der kleinbürgerlichen Massen zusammen mit der abwartenden Passivität des Proletariats während dieser Periode drohte die politische Achse der Partei zur Kleinbourgeoisie hin zu verschieben und führte zur Gefahr des Opportunismus.

Die proletarische Zusammensetzung der Partei hat es ermöglicht, diese Gefahren zu überwinden.

Cat hat, obzwar er die Arbeit unter den Mittelklassen führte, keinen Augenblick die Einsicht verloren, daß diese Arbeit vom Standpunkt des Proletariats aus, das sich im Kampfe gegen das Kapital Verbündete sucht, geführt werden muß. In seinem Buch hat Cat sich streng an diese Linie gehalten.

*

Indessen dürfen gewisse Mängel im Buch von Cat nicht übersehen werden. Die Erschütterungen der Inflation für das Bauerntum werden darin nur kurz untersucht. Es wäre von Interesse gewesen, diesen Teil breiter zu entwickeln, weil das Kleinbauerntum dazu bestimmt ist, mehr und mehr zum wichtigen und dauernden Bundesgenossen des revolutionären Proletariats zu werden.

Auch ist Cat ein Aspekt der französischen Inflation entgangen. In Frankreich war die Inflation nicht nur ein Manöver, das vom Großkapital zur teilweisen Expropriierung der mittleren Schichten der Bevölkerung und zur Senkung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft angewandt wurde; sie trug auch den Charakter eines politischen Manövers, das dazu bestimmt war, die Führer des Kartells vor ihren Wählermassen zu diskreditieren und sie zu zwingen, offen die von ihnen bei der Wahlkampagne am 11. Mai 1924 übernommene Verpflichtung aufzugeben, die Kapitalisten zum Zahlen zu zwingen.

Erst nachdem es Herriot vor den Wagen von Poincaré gespannt hat, unter dem Vorwande, den Franken zu retten, hat das Großkapital aufgehört, systematisch die Inflation zu provozieren, und es hat erst dann begonnen, seine im Auslande in den ausländischen Banken deponierten Guthaben nach Frankreich zurückzuholen.

Weil die Führer des Kartells, die an die Bourgeoisie gebunden sind, die Maßnahmen nicht durchführen können, die einzig wirksam wären, um die Kapitalisten zum Zahlen

* Bureau d'Éditions, de Diffusion et de Publicité, Paris.

zu zwingen, mußten sie unter dem Druck der inflationistischen Manöver die „Union sacrée“ wiederherstellen, um das Vertrauen der Kapitalisten wiederzugewinnen und den Franken auf Kosten der Arbeiterschaft zu retten.

Die sozialistischen Führer sind allerdings in die parlamentarische Opposition zurückgekehrt. Aber indem sie gegen die Kommunisten kämpfen und die Geldstabilisierung im allgemeinen mit durchführen, ohne zu sagen, auf wessen Kosten und für wessen Profit es geschieht, begünstigen sie die Politik des neuen Nationalblocks der Bourgeoisie gegen die arbeitenden Massen in Stadt und Land.

Cat hat sehr gut die tiefen Unterschiede skizziert, die in bezug auf die Inflation zwischen Frankreich und Deutschland bestehen, er war einer der drei oder vier Genossen, die voraussahen, daß sich die französische Inflation weder so weit noch so rasch entwickeln würde wie die deutsche, und daß die Regierungskrise in Frankreich ihren Höhepunkt nicht vor der Geldstabilisierung wie in Deutschland, sondern nach derselben erreichen würde.

In Frankreich sind die Mittelschichten der Bevölkerung verhältnismäßig zahlreicher als in Deutschland und haben eine mehr als hundertjährige revolutionäre Tradition, die sie im Falle einer Inflation wie in Deutschland leicht dem Proletariat beim Entscheidungskampfe gegen das Großkapital in die Arme treiben könnte.

Nach außenhin haben England und die Vereinigten Staaten die deutsche Inflation begünstigt, trotz der furchtbaren Konkurrenz, die ihnen die deutsche Industrie infolge der Senkung der Mark machte. Es handelte sich für England und die Vereinigten Staaten darum, auf diese Weise einen Druck auf Frankreich auszuüben, und es zur Annahme einer wichtigen Herabsetzung seiner Ansprüche auf Deutschland zu zwingen, es handelte sich darum, die Versuche des französischen Kapitals, dem kontinentalen Europa seine Hegemonie aufzuerlegen, zum Scheitern zu bringen. Erst dann trat der Dawesplan dazwischen.

England und die Vereinigten Staaten haben keinerlei Interesse an der Senkung des Franken, die die Konkurrenz der französischen Industrie auf dem Weltmarkte begünstigen würde. Sie verlangen immer gebieterischer die Stabilisierung der französischen Valuta und versuchen, die Regelung der Schulden dazu zu verwenden, um ihre Hand auf die Kreditquellen zu legen.

In seinem Schlußwort stellt Cat die Frage, welches das Ergebnis der Bewegung der Vermögen ist, die überall in der Welt von der Inflation erfaßt und dann von der darauffolgenden Geldstabilisierung gestützt werden.

Und Cat weist überzeugend nach, daß es sich um eine Ueberschreibung der Vermögen der alten Länder Europas zugunsten Amerikas, dem hauptsächlichsten Nutznießer der Weltkrise handelt, die schließlich zu einem gewaltigen amerikanischen Kapitalismus führt.

Dann wirft Cat eine ganze Reihe großer Probleme auf, ohne sie zu lösen:

„Wie wird sich der Zweikampf zwischen dem neuen Amerika und Europa vollziehen?

Werden wir sehen, wie sich gegen Amerika der anglo-europäische Block verwirklicht? Wohin würde uns eine solche Perspektive führen?

Werden die inneren Widersprüche des alten Europa die vorherrschende Tatsache, die politische Achse darstellen oder wird sich diese Achse nach einem amerikanisch-europäischen Konflikt verschieben?“

Cat stellt dann die Frage, welches die Bedeutung des russischen, des proletarischen und des kolonialen Faktors sein wird.

Cat gibt die einzig richtige Antwort auf all dies:

Der Weg der Rettung für die breiten Massen liegt in der Ausdehnung und Vertiefung der russischen Revolution und der proletarischen Weltrevolution.

MURPHY: SOZIALISMUS MIT GÜTIGER ERLAUBNIS*

Diese zwei Publikationen illustrieren die Verlegenheit der ILP und gleichzeitig ihre Lieblingsräume. Jedesmal, wenn die ILP versucht, ein brennendes Problem der Arbeiterklasse anzufassen, ist sie so verwirrt, daß sie nicht weiß, was machen, und gewöhnlich endet es damit, daß sie die Unternehmer bei irgendeinem Kompromißvorschlag unterstützt, der die Arbeiter in eine Niederlage hineintreibt. Aber sie kann dabei eine schöne Geschichte erzählen und wunderbare Pläne entwickeln, was alles unter dem Sozialismus geschehen müsse, nachdem natürlich die Kapitalisten ihre Erlaubnis dazu gegeben haben. In der Tat gibt es in der ILP so vielerlei „Gesichtspunkte“, erstens, „was der Sozialismus sein muß“, und zweitens, „was sofort getan werden muß“, daß es wirklich schwierig wäre, die ILP als Partei dabei auf irgendeiner Verantwortlichkeit festzunageln. Sie hat in ihren Reihen Elemente, die einander so entgegengesetzt sind, wie der brave Tory Herr Macdonald, der den Sozialismus auf den Sankt Nimmerleinstag vertagt, und wie Herr Snowden von der Allianz zwischen Liberalen und Labour Party, und dazu noch Arbeiter, die die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei fordern. Sie hat nicht nur eine Linke, eine Rechte, ein Zentrum und wer weiß noch was, sondern sie nimmt alle und jeden auf, nur nicht diejenigen, die den Unternehmern wehtun wollen. Gewöhnlich holt sie tief Atem, bläst die Backen auf und nimmt eine Positur ein, daß jeder, namentlich wer sie nicht kennt, denken sollte, jetzt werde wirklich irgendetwas Schreckliches geschehen. Aber da ist wirklich kein Grund zum Erschrecken. Sie will nichts anderes und hat keinen anderen Wunsch, als nur ein bißchen stark zu erscheinen. Zum Beweis bitten wir die oben zitierten Publikationen zu lesen. Die erste ist die Ansprache des Vorsitzenden auf dem ILP-Kongreß am 4. April 1926. Herr Jowett erklärte gleich zu Beginn seiner Rede, „daß wir offen und unerschrocken für gründliche soziale Aenderungen eintreten, die die Herrschaft der Reichen stürzen und der Ausbeutung der Armen ein Ende machen sollen“. Da habt ihrs! Er holt gut aus! und es scheint fast, als ob die ILP jetzt gewalttätig werden wollte. Ein wenig später wird er wieder pathetisch und ruft:

„Das Recht zu leben setzt vor allen Dingen einen menschenwürdigen Lohn voraus. Wieviel ein solcher Lohn, der die Kosten einer menschenwürdigen Lebenshaltung decken kann, auch ausmacht, die Arbeiter werden unter gar keinen Umständen mit weniger zufrieden sein, und sie haben das Recht alle Macht anzuwenden, gewerkschaftliche und politische, um dies zu erzwingen.“

Was eigentlich ein „menschenwürdiger Lohn“ ist, wird nicht gesagt, aber darauf wollen wir in diesem Augenblick nicht herumreiten. Was darauf folgt, ist so interessant, daß wir es uns ohne Zögern näher besehen müssen.

„Wenn die Forderungen vom Parlament verworfen werden, so schlagen wir vor, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre ganze Macht hinter alle diejenigen Teile der Arbeiterschaft stellt, die sich gewerkschaftlich betätigen, um ihre Forderungen durchzudrücken. Herr Churchill sagt, er sehe keinen Grund, warum die gegenwärtige Regierung nicht die ganze Zeitspanne ihrer fünf Jahre leben sollte. Wenn sich die Arbeiterschaft geeinigt und entschlossen hinter die Forderung eines menschenwürdigen Lohnes stellt, so wird diese Forderung ein solches Gewicht erlangen, daß keine Regierung weiter im Amt bleiben kann, wenn sie dieser Forderung nicht entspricht.“

Am 1. Mai führte der Generalrat der Gewerkschaften, der größtenteils aus ILP-Leuten besteht, unter Beihilfe von Herrn Macdonald, der ebenfalls ein Mitglied der ILP ist, die Arbeiterschaft in den Generalstreik gegen die Regierung hinein. Da wurde es auf einmal still im Hauptquartier der ILP. Weder der Vorstand der ILP noch die einzelnen Führer

* „Sozialismus der Gegenwart“: von F. W. Jowett. Pub. ILP, April 1926. „Gewerkschaften und Sozialismus“: von F. W. Jowett; eine Rede auf dem ILP-Kongreß, April 1926.

noch irgendein Organ der ILP muckten sich; und sie stellten auch keine politischen Forderungen auf und versuchten auch nicht — durch keinerlei Mittel —, auf irgendeine Art und Weise die Regierung zu stürzen. Im Gegenteil, die Führer befürworteten eine Lohnkürzung, sie sprachen von großartigen gewerkschaftlichen Kombinationen, und sie griffen die Bergarbeiter an, die infolgedessen allein gelassen wurden bei der Verteidigung dessen, was zugegebenermaßen niedriger ist als der „menschenswürdige Lohn“, und sie erklärten die Politik, die von Herrn Jowett vertreten und vom Kongreß der ILP gebilligt wurde, für richtig; das heißt nichts anderes, als daß die Politik der ILP auch in Zukunft ebenso blöde und von allem Anfang an zum Mißerfolg verurteilt sein wird.

„Gegenüber den Forderungen nach Sozialismus und nach Beseitigung der Armut gibt es für Kompromisse keinen Platz“

erklärt die ILP. Was sie wirklich damit meint, ist ungewiß. Nach den Taten der ILP zu schließen, hat dies überhaupt keinen Sinn. Erhob denn nicht die ILP den Anspruch auf das Urheberrecht an den berüchtigten Vorschlägen der Pfaffen, die noch schlimmer waren als die Kompromißvorschläge, die durch Lohnkürzungen wenigstens 5 Millionen Menschen, und damit die ganze Arbeiterklasse zur Verelendung verdammen wollten?

Die Seichtheit und Heuchelei, die sich da enthüllen, sind nicht isolierte Erscheinungen. Denn was hat es z. B. für einen Sinn, wenn Herr Jowett sagt:

„Bei Ablehnung dieser Forderungen durch das Parlament werden die Gewerkschaften mit ihrer ganzen Kraft die streikenden Arbeiter unterstützen.“

Heißt dies, daß ein Teilstreik zu einem Generalstreik gemacht werden soll? Scheinbar wäre dies die Logik des Herrn Jowett und der ILP. Aber, wenn dem so ist, ist die ILP darauf gerüstet, die Logik eines Generalstreiks ins Auge zu fassen und damit auch dem selbstverständlichen Widerstand der regierenden Klasse entgegenzutreten? Keine Rede davon. Wenn wir dies behaupten, so spricht das Zeugnis des letzten Generalstreikes für uns. Die Führer haben den Generalstreik von hinten erdolcht, sie waren einverstanden mit einer noch größeren Verelendung der Bergarbeiter und ihrer Familien, und sie erklärten öffentlich, sie hätten ja keinerlei Absicht, irgend jemanden oder irgendeiner Institution weh zu tun; und sie hätten nicht etwa die Absicht, die Regierung zu stürzen, wie sie in ihrer Resolution vom 4. April erklärt hatten. Als diese Leute vor den Notwendigkeiten des Klassenkrieges standen, nahmen sie die Rolle von Pfaffen an und sagten den kämpfenden Klassen salbungsvoll: Oh, meine lieben Freunde, legt doch eure Streitigkeiten bei. Bitte, kämpft doch nicht, gebt auf beiden Seiten ein wenig nach, und das nächste Mal stimmt für uns bei den Wahlen. Das ist es, was wir unter einem Druck der Gewerkschaften verstehen. Und wenn ihr für uns stimmt, werdet ihr sehen, was wir euch Schönes schenken — — — ein herrliches Unterhaus, einen Konsumentenrat, eine friedliche Gewerkschaftsbewegung, die bei der Industrie im Geist der Klassenzusammenarbeit auch etwas mitredet, Joynson Hicks in liebender Eintracht mit Harry Politt; und jedes Kriegführen wird ein Ende haben, weil die Bourgeoisie insgesamt zu den schönen Gefühlen der ILP sich bekehrt, und ja kein Zusammengehen mehr mit der Kommunistischen Partei! Unter gar keinen Umständen werden wir der Bourgeoisie jetzt, in der Gegenwart, irgendein Leids tun. Wir bitten die Bourgeoisie um ihre Erlaubnis, aber sie bekämpfen — nie und nimmer. Was immer die Rolle der ILP gewesen sein mag in den Tagen, als sie teilnahm an der großen Aufweckung der englischen Arbeiterklasse für die Notwendigkeiten einer unabhängigen politischen Aktion, so kann man sich doch heute unmöglich dem Schluß entziehen, daß sie ihren proletarischen Charakter vollständig verloren hat und heute die linke Flügelpartei der Bourgeoisie bildet, wobei sie Giftmittel vertreibt zur Erstickung jeder Form von Massenaktionen, und wobei sie die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Institutionen über die Interessen der Arbeiterschaft stellt. Wer noch mehr Beweise braucht für die Richtigkeit dieses Schlusses, der lese die vorerwähnten Flugschriften.

J. SCHLAFER:
ERICH MÜHSAM, GERECHTIGKEIT
FÜR MAX HÖLZ*

Seit mehr als fünf Jahren wird Genosse Max Hölz, der „Rote General von Mitteldeutschland“, in den Zuchthäusern der Ebert-Hindenburg-Republik gefoltert. Sein Name ist ein weithin leuchtendes Symbol des proletarischen Klassenkrieges; die Forderung seiner Amnestie ist in Deutschland zur Kampfflosung für die Befreiung aller eingekerkerten proletarischen Revolutionäre geworden.

Das allein rechtfertigt schon die Herausgabe einer neuen Broschüre durch die Rote Hilfe Deutschlands, die sich speziell mit dem „Fall Hölz“ beschäftigt.

Aber noch einen anderen Zweck verfolgt und erfüllt die lebendig und leidenschaftlich geschriebene Broschüre: sie rollt die Amnestieforderung in breitem proletarischem Maßstab auf. Selbst in breiten Arbeiterkreisen konnte man bis jetzt die Meinung antreffen, daß die Bourgeoisie bei der Beurteilung von Max Hölz nicht nur ihren nackten, brutalen Gewalt- und Rachestandpunkt befriedigen wollte, sondern — und darauf wurde das Schwergewicht gelegt — formal-juristisch im Rechte war, als sie „den Verbrecher Hölz“ lebenslänglich ins Zuchthaus warf. Jeder unvoreingenommene Leser der Schrift Erich Mühsams, „deren einzige Aufgabe“ — nach den Worten des Verfassers — „es ist, die Unhaltbarkeit des Zuchthausurteils aus juristischen und moralischen Gründen zu erweisen“, muß zu der Erkenntnis des ausgesprochenen Klassencharakters des Prozesses kommen, muß erkennen, daß für Max Hölz — als proletarischen Revolutionär — außerhalb der Reihen des bewußten Proletariats (die Sozialdemokratie stand und steht auch in diesem Falle jenseits der Barrikaden) sich auch nicht eine Stimme der zivilisierten Welt erhoben hat.

Ein paar Worte über die Schwächen und Fehler der Broschüre. Eine besondere Rolle spielt in der Schrift (und zwar nicht nur im Titel) die „Gerechtigkeit“, die sich dem Anarchisten als klassenloser Begriff darstellt. Neben Aussprüchen von Bakunin, Novalis, Voltaire zitiert er die Worte von Karl Marx, daß „Zivilisation und Gerechtigkeit der Bourgeoisordnung . . ., sobald die Sklaven in dieser Ordnung sich gegen ihren Herrn empören . . . sich als unverhüllte Wildheit und gesetzlose Rache“ darstellt. Marx setzt aber „die bürgerliche Gerechtigkeit“ mit „gesetzloser Rache“ gleich; Mühsam gebraucht das Wort Gerechtigkeit ohne Anführungszeichen, naiv und klassenlos. Er appelliert schließlich sogar an die Reichsregierung, daß sie Gerechtigkeit für Max Hölz schaffen möge.

Schriften der Roten Hilfe sollten sich freihalten von solchen Entgleisungen und auch nicht mit solch kleinbürgerlich-individualistischen Geschmacklosigkeiten arbeiten, wie sie uns Mühsam in seiner Einleitung vorsetzt.

Abgesehen von den angedeuteten Schwächen und Unrichtigkeiten ist die Schrift Mühsams eine wertvolle unentbehrliche Waffe im täglichen Kleinkampf für die Befreiung von Max Hölz, für die Befreiung aller politischen Gefangenen. Diese neue Rote-Hilfe-Broschüre muß daher Massenverbreitung im weitesten Sinne des Wortes, das heißt über den rein proletarischen und nationalen Rahmen hinaus finden.

* Verlag Rote Hilfe Deutschlands, Berlin 1926.